

# LAND- GRABBING MIGRATION WIDERSTAND



► *Analysen und Interviews zu Landkonflikten in Mali*

**TITELBILD:** BOKY-WÉRÉ-KANAL, ERWEITERT IM RAHMEN DES LIBYSCHEN 100.000-HEKTAR PROJEKTS „MALIBYA“ | F: P. REVELLI



↑ VERSAMMLUNG IN KOYAN KOURA: BAUER BERICHTET VON LANDVERTREIBUNG | F: MAKOMBE

**HERAUSGEGEBEN VON**

Afrique-Europe-Interact

[WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET](http://WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET)

**REDAKTION**

NoLager Bremen

**1. AUFLAGE, JULI 2012**

1.000 Stück

**FOTOS**

Philippe Revelli, Matthias Schmitt  
Makombe (► [www.myspace.com/makombemusic](http://www.myspace.com/makombemusic))

**RECHTENACHWEIS**

Die Rechte an den Texten von  
Joan Baxter und Amandine Adamczewski,  
sowie Jean-Yves Jamin liegen bei  
le monde diplomatique (Deutsche Ausgabe)

**PREIS**

Wir wünschen uns je Exemplar eine Spende von 3 EUR

**SPENDEN**

Wir danken allen SpenderInnen ganz herzlich!

*afrique-europe*  
**interact**

Afrique-Europe-Interact ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, an dem vor allem BasisaktivistInnen aus Mali, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden beteiligt sind – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, MigrantInnen und Abgeschobene. Politisch verfolgt Afrique-Europe-Interact zwei Ziele: Einerseits möchten wir die EU-Migrationspolitik öffentlichkeitswirksam an den Pranger stellen, andererseits die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Was uns grundsätzlich eint, ist die Überzeugung, dass sich an den neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen nur etwas ändern lässt, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusammenarbeiten. ○

⊕ <b>ANALYSE</b>	<b>4</b>	<b>ZWISCHEN LANDRAUB UND BÜRGERKRIEG</b> Soziale Kämpfe in Mali durch Aufstand im Norden blockiert
	<b>6</b>	<b>DER GLOBALE WIDERSTAND WÄCHST</b> Bäuerliche Bewegungen machen mobil gegen neokolonialen Landraub
	<b>11</b>	<b>INFOBOX 1: LANDGRABBING-ABC</b>   Eine kurze Bestandsaufnahme
	<b>12</b>	<b>DAS MALIBYA-PROJEKT</b>   100.000 Hektar für libyschen Investmentfonds im Office du Niger
	<b>16</b>	<b>WIE GOLD, NUR BESSER</b>   Fette Dividenden aus Afrikas Böden
⊕ <b>DELEGATIONSREISE</b>	<b>21</b>	<b>KLEINBÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT UNTER VIELFÄLTIGEM DRUCK</b> Stichworte zur Delegationsreise von Afrique-Europe-Interact ins Office du Niger
	<b>25</b>	<b>INFOBOX 2: OFFICE DU NIGER</b>   Zwischen kolonialem Bewässerungsprojekt, monopolistischem Staatsbetrieb und kleinbäuerlicher Selbstbestimmung
	<b>26</b>	<b>„DIE STAATLICHE AUTORITÄT IST WIE EIN KÖNIG“</b> Zwischen Repression, Korruption und existentieller Not. Ein Basisgewerkschafter über bäuerlichen Widerstand im Office du Niger
	<b>30</b>	<b>„BEWEGUNGSFREIHEIT IST EINE DEVISE, DIE MIR VIEL KRAFT GIBT“</b> Ein Gespräch über Hunger, Klimawandel und Migration in Konobougou
	<b>33</b>	<b>„SCHRITT FÜR SCHRITT, ABER NICHT AUF EINEN SCHLAG“</b> Ein Gespräch über Fortschritt, Solidarität und Geschlechterverhältnisse auf dem Land
	<b>35</b>	<b>„WAS WIR BRAUCHEN, IST EINE AGRARREFORM“</b> Alltag im Office du Niger: Ein Gespräch über Verschuldung, existentielle Grundbedürfnisse und Migration
	<b>37</b>	<b>„DIE STÄDTE GEHÖREN NICHT NUR DEN REICHEN“</b> Gespräch mit Salif Niaré und Amadou Barcley über Widerstandsstrategien der Union der Vertriebenen in Bamako
	<b>41</b>	<b>„ES GIBT KEINE HIERARCHIE“</b> Fassery Traoré über die Kämpfe der Vertriebenen in Bamako als Vorbild für den bäuerlichen Widerstand im Office du Niger
	<b>43</b>	<b>INFOBOX 3: RECHT AUF WOHNHÄUSER, FUSSBALLPLÄTZE, GEMÜSEANBAU</b> Bewegungen gegen städtische Vertreibungen in afrikanischen Metropolen
	<b>45</b>	<b>BERGBAU ALS KLASSISCHER LANDRAUB</b> Der Widerstand gegen die Uranmine in Falea im Süden Malis könnte sich als Vorbild für die Kämpfe im Office du Niger entpuppen
⊕ <b>INFOS</b>	<b>49</b>	<b>DAUER- ODER EINZELSPENDEN GESUCHT</b> – jeder Betrag ist willkommen!
	<b>50</b>	<b>INFOBOX 4: WEITERE INFORMATIONEN ZU LANDGRABBING</b>
	<b>51</b>	<b>KONTAKT &amp; MITMACHEN, MATERIALIEN, KARTE VON MALI</b>

## ► EINLEITUNG

# Zwischen Landraub und Bürgerkrieg

## SOZIALE KÄMPFE IN MALI DURCH AUFSTAND IM NORDEN BLOCKIERT

Die Situation könnte kaum widersprüchlicher, ja barbarischer sein: Zum einen hungert ein Sechstel der Weltbevölkerung – und das mit der Konsequenz, dass jährlich über 30 Millionen Menschen an den Folgen von Hunger sterben, viele von ihnen an harmlosesten Krankheiten, weil ihr Körper durch Unter- oder Mangelernährung extrem geschwächt ist. Zum anderen wird rund um den Globus immer mehr Land bzw. Wald an Banken, Investmentfonds und Konzerne verkauft („Landgrabbing“), nicht zuletzt für die Produktion von sogenanntem Biosprit und Exportgetreide. Vor diesem Hintergrund ist im März 2012 eine 30-köpfige Delegation von Afrique-Europe-Interact ins Office du Niger gefahren – eine äußerst fruchtbare Region 270 Kilometer nordöstlich der malischen Hauptstadt Bamako, wo seit 2003 über 900.000 Hektar Acker- und Weidflächen an internationale Investoren verkauft wurden. Darüber hinaus haben AktivistInnen der europäischen Sektion von Afrique-Europe-Interact in Bremen und Frankfurt Filialen der Deutschen Bank belagert (letzteres im Rahmen der Blockupy-Proteste), da das Finanzinstitut einer der größten Player im weltweiten Geschäft mit dem Acker ist. Mittel- bis langfristig ist geplant, bäuerliche Communities im Office du Niger in ihren Landkämpfen politisch und logistisch zu unterstützen, auch deshalb, weil diese eng mit dem Widerstand gegen Haus- und Grundstücksvertreibungen in der Hauptstadt Bamako verknüpft sind.

Ziel der vorliegenden Broschüre ist es, unter besonderer Berücksichtigung von Mali verschiedenste Informationen zu neokolonialem Landraub, kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Widerstand zur Verfügung zu stellen. Als zentraler Bezugspunkt fungiert hierbei die schon erwähnte Delegationsreise ins Office du Niger, an der auch 10 AktivistInnen aus Europa beteiligt waren. Verwiesen sei daher insbesondere auf die zahlreichen, im Zuge der Delegationsreise entstandenen Interviews, in denen diverse RepräsentantInnen aus Mali ausführlich zu Wort kommen – nicht zuletzt Bauern und Bäuerinnen, die selber von Landgrabbing bzw. der Zerstörung kleinbäuerlicher Landwirtschaft betroffen sind.

Grundsätzlich waren unsere Begegnungen und Gespräche im Office du Niger ein wichtiger, äußerst inspirierender erster Schritt – auch mit Blick auf die Herausforderungen, die ein gemeinsamer Organisationsprozess mit kleinbäuerlichen Communities langfristig bedeuten dürfte.

Politischer Höhepunkt der Delegationsreise waren die Besuche in den beiden Dörfern Kourouma und Koyan Koura – einschließlich großer Versammlungen mit der lokalen Bevölkerung sowie ausgedehnter Besuche der Felder. Um so bedauerlicher ist es, dass im Zuge des von Tuareg-Rebellen und islamistischen Kräften getragenen Aufstandes im Norden Malis die Kontakte zwischen Afrique-Europe-Interact und Office du Niger in den letzten Monaten nicht oder allenfalls bruchstückhaft

weiterentwickelt werden konnten – ein Manko, das die malische Sektion von Afrique-Europe-Interact mit vielen Basisbewegungen in Mali derzeit teilt. Vor diesem Hintergrund findet sich im zweiten Abschnitt dieses Editorials ein von Hans-Georg Eberl verfasster Kommentar zur aktuellen Situation in Mali, unter anderem mit Blick darauf, dass die breite Bevölkerungsmehrheit dringender denn je auf materielle und politisch Solidarität angewiesen ist.

Last but not least: Landgrabbing ist bei weitem nicht das einzige Projekt von Afrique-Europe-Interact. Vielmehr gilt weiterhin die im Zuge der Bamako-Dakar-Karawane entstandene Doppelforderung, wonach selbstbestimmte Entwicklung und globale Bewegungsfreiheit (also das Recht zu bleiben bzw. das Recht zu gehen) die beiden Seiten derselben Medaille sind. Entsprechend haben sich auch zahlreiche AktivistInnen unseres Netzwerks im Juli 2012 an dem Projekt „Schiffe der Solidarität/boats4people“ zwischen Italien und Tunesien beteiligt.

Wer mehr wissen möchte, sei auf unserer Webseite verwiesen. Außerdem sind neue MitstreiterInnen stets willkommen – so wie Afrique-Europe-Interact für seine alltägliche Arbeit weiterhin dringend auf steuerliche absetzbare Spenden angewiesen ist.

### ZU DEN AKTUELLEN ENTWICKLUNGEN IM NORDEN MALIS

Das Bemühen, mit dem Netzwerk Afrique Europe Interact die Kämpfe für Ernährungssouveränität und gegen Landraub und Vertreibungen in Mali

zu unterstützen und zu stärken, fällt verhängnisvoll zusammen mit den sich alarmierend zuspitzenden Geschehnissen, die seit Anfang 2012 das Leben von Millionen Menschen in Mali erschüttern: Ausgerüstet mit großen Waffenarsenalen aus dem Libyenkrieg hat die „Bewegung für die Befreiung des Azawad“ (MLNA), die für einen unabhängigen Touareg-Staat kämpft, in einem Zweckbündnis mit islamistischen Organisationen und Milizen den Norden des Landes militärisch eingenommen. Der bewaffnete Konflikt hat die Hungersnot dramatisch verschärft, die sich angesichts von Dürre und Ernteaussfällen seit 2011 in den Sahelländern angebahnt hat. Lebenswichtige Infrastruktur – wie zum Beispiel Kliniken – wurde zerstört und die Bevölkerung in Nordmali durch Plünderungen und Vergewaltigungen terrorisiert. Auf der anderen Seite haben in zahlreichen Städten islamistische Gruppen die Macht übernommen, die den Menschen – gestützt auf Waffengewalt – das Sharia-Regime aufzwingen. Bereits Hunderttausende sind aufgrund der grauenvollen Mehrfachbedrohung durch Hunger, Krieg und Gewaltherrschaft in den Süden Malis sowie die Nachbarländer Mauretanien, Niger und Burkina Faso geflohen.

Die aktuelle Notlage ist keineswegs aus dem Nichts entstanden: Schon seit Jahren ist die Mehrheit der Menschen in Mali immer stärker verarmt, wäh-

rend korrupte Machteliten staatliche Gelder und Privilegien unter sich aufgeteilt haben – hinter der Fassade einer so genannten Musterdemokratie westlichen Zuschnitts. Diese Machteliten sind willkommene Kooperationspartner für die neokoloniale Ausplünderung der Ressourcen Afrikas, im Falle Malis betrifft das neben Gold, Baumwolle und (neuerdings) Uran nicht zuletzt fruchtbare Ackerböden. Entsprechend herrscht in Mali mittlerweile eine Hungersnot – und das in einem Land, das nach Einschätzung malischer Bauern und Bäuerinnen sowie AgrarexpertInnen die „Kornkammer Westafrikas“ sein könnte. Auch die aktuelle Krise wäre ohne den Hintergrund von Verarmung und wirtschaftlicher Instabilität kaum erklärbar. Die Antwort der europäischen Staaten und ihrer Verbündeten auf diese Krise ist wie so oft eine repressive: Nachdem am 22. März 2012 eine Gruppe bis dahin wenig bekannter Armeedoffiziere in einem Putsch die amtierende Regierung gestürzt hatte, was von vielen MalierInnen zumindest vorübergehend als Abrechnung mit den verhassten Machteliten gewertet wurde, reagierte die „Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten“ (französisch: CEDEAO, englisch: ECOWAS) – umgehend mit harten wirtschaftlichen Sanktionen. Diese ließen unter anderem angesichts der ohnehin schon bestehenden Ernährungskrise die Preise

für Grundnahrungsmittel in die Höhe schnellen. Treibende Kräfte der Sanktionen waren vor allem die Regierungen von Burkina Faso und der Elfenbeinküste, die als enge Verbündete europäischer, insbesondere französischer Interessen bekannt sind. Kurzum: Verschiedene Akteure versuchen, die Krise in Mali in ihrem Sinne zu instrumentalisieren – sei es das Emirat Katar mit seiner Unterstützung bewaffneter islamistischer Gruppen oder die französische Regierung, die schon länger mit der Errichtung einer neuen Militärbasis im Sahel liebäugelt.

Für das Netzwerk Afrique Europe Interact ist es eine große Herausforderung, Kooperationen von unten gegen diese neokolonialen Politiken und ihre zerstörerischen Folgen aufzubauen. Dazu gehört unter anderem konkrete, materielle Unterstützung für die malischen sozialen Bewegungen und Initiativen, deren AktivistInnen selbst unter prekärsten Bedingungen die eigene Existenz bestreiten müssen und darüber hinaus oftmals geflohene Angehörige aus dem Norden mitversorgen müssen. Ein wichtiger Ansatz wäre auch die Solidarität mit den mancherorts in Nordmali trotz großem Risiko aufkeimenden Protesten von Jugendlichen und Frauen, die ihr Leben nicht dem unmenschlichen Regelwerk eines Sharia-Regimes unterwerfen wollen. Und nicht zuletzt geht es auch darum, gerade in diesen Zeiten die grundlegenden, alle betreffenden Fragen des Zugangs zu und der Verfügung über Land, Wasserressourcen, Wohnraum und Ernährungssouveränität auf die Tagesordnung zu setzen. Im besten Fall könnte dies sogar helfen, solidarische Alternativen gegen eine kriegerische Eskalation aufzuzeigen, welche sich derzeit auf äußerst dramatische Weise entlang der doppelten Dichotomie „Islamismus vs. Neuaufgabe von Anti-Terror-Krieg“ bzw. „Touareg-Separatismus vs. nationale Einheit um jeden Preis“ bewegt. ○



↑ BEGRÜSSUNG IN KOYAN KOURA | F: MAKOMBE

#### DIE REDAKTION

zusammen mit HANS-GEORG EBERL

## ► ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

# Der globale Widerstand wächst

## BÄUERLICHE BEWEGUNGEN MACHEN MOBIL GEGEN NEOKOLONIALEN LANDRAUB

Landgrabbing ist in jüngerer Zeit zu einer Art Medienliebling avanciert – und das durchaus zu Recht. Denn der seit 2007 explosionsartig angewachsene Ausverkauf fruchtbarer (Acker-) Böden an Banken, Investmentfonds und Konzerne gleicht mittlerweile einer riesigen Enteignungswelle, die im Süden des Globus für mehrere Hundert Millionen Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und ViehhirtInnen den Verlust ihrer Existenzgrundlagen bedeuten könnte. So sind allein zwischen Oktober 2008 und Juni 2009 weltweit mindestens 47 Millionen Hektar Land unter den Hammer gekommen – was der Größe Schwedens und somit einem Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der EU entspricht.

Rund 75 Prozent des Landgrabbing erfolgt mittlerweile in Afrika, betroffen sind mindestens 23 Länder in sämtlichen Teilen des Kontinents, darunter auch krisengeschüttelte Staaten wie die D.R. Kongo, Süd-Sudan oder Äthiopien. Auffällig ist indessen ein ins Ökonomistische, ja Objektivistische abdriftender Gestus in der hiesigen Berichterstattung: Im Zentrum stehen die konkreten Abläufe sowie Konsequenzen der Umnutzung großer Wald-, Agrar- und Weideflächen zugunsten kommerzieller Landwirtschaft. Demgegenüber ist von Widerstand seitens der unmittelbar betroffenen Bauern und Bäuerinnen kaum die Rede – genauso wenig, wie potentielle Interventionsperspektiven in Europa näher ausgeleuchtet werden. Das mag ur-

sprünglich plausibel gewesen sein, sind doch viele bäuerliche Bewegungen durch die Plötzlichkeit buchstäblich überrumpelt worden, mit der die neokoloniale Landnahme spätestens nach Ausbruch der Finanz- bzw. Weltwirtschaftskrise vor 5 Jahren rasant angezogen hat. Um so dringlicher scheint es nunmehr, die sich allenthalben zuspitzenden Kämpfe um Land ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Denn ohne ein breites, mithin global verankertes Bündnis zwischen bäuerlichen Organisationen, sozialen Basisbewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren dürfte es kaum gelingen, Landgrabbing zu beenden bzw. bereits abgeschlossene Verträge wieder rückgängig zu machen – inklusive Entschädigung für all jene, deren Existenzgrundlagen bereits zerstört wurden.

Ist von Landkonflikten die Rede, wird dies üblicherweise mit Lateinamerika in Zusammenhang gebracht. Erinnerung sei nur, dass die Erhebung der Zapatistas 1994 nicht zuletzt eine Reaktion auf die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Unverkäuflichkeit von („Ejido“-)Gemeindeland war. Entsprechend berichtet Raúl Zibechi in seinem jüngst erschienenen Buch "Territorien des Widerstands", dass allein in Lateinamerika in den letzten 30 Jahren insgesamt 5000 selbst verwaltete Siedlungen auf 25 Millionen Hektar besetztem Land entstanden sind. Und doch ist es keineswegs zufällig, dass seit geraumer Zeit

vor allem bäuerliche Bewegungen in Mali eine Vorreiterrolle im weltweiten Widerstand gegen Landgrabbing spielen: Bereits 2003 haben Bauern und Bäuerinnen aus dem westafrikanischen Land mittels 800.000 Unterschriften bzw. Fingerabdrücken einer Klage der malischen Regierung vor dem WTO-Schiedsgericht gegen subventionierte



Dumping-Baumwolle aus den USA und der EU wesentlich zum Erfolg verholfen.

Gleichermaßen konnte die insbesondere durch den Saatgutkonzern Monsanto, die Weltbank sowie diverse private Stiftungen forcierte Einführung von gentechnisch manipulierter bt-Baumwolle bis heute verhindert werden (ganz anders als im benachbarten Burkina Faso, wo Kleinbauern und -bäuerinnen seitens der Regierung teilweise unter Androhung von Waffengewalt zum Anbau von bt-Baumwolle gezwungen wurden). Erwähnt sei schließlich, dass in Nyéléni nahe der malischen Kleinstadt Sélingué im Januar 2007 mehr als 500 überwiegend bäuerliche Delegierte aus über 80 Ländern zu einer Konferenz zusammengekommen sind, um über die Verbreitung des von der weltweiten Kleinbauernorganisation Via Campesina seit 1996 schrittweise entwickelten Konzepts der Er-

nährungssouveränität zu beraten (ein Impuls, der unter anderem im österreichischen Krems anlässlich des Europäischen Forum für Ernährungssouveränität im Sommer 2011 aufgenommen wurde).

Schauplatz der aktuellen Auseinandersetzungen um Landgrabbing in Mali ist das Office du Niger – ein äußerst fruchtbares, vom Nigerwasser gespeistes Binnendelta, das sich im Osten und Norden der Stadt Segou 270 Kilometer östlich der Hauptstadt Bamako erstreckt. Bisher sind ca. 98.000 Hektar Land bewässert (im Rahmen von Gravitationsbewässerung, bei der das Wasser ausschließlich über Höhenunterschiede auf die Felder gelangt), möglich wären bis zu 960.000 Hektar, wovon insgesamt rund 700.000 Menschen leben könnten – von den mobilen ViehhirtInnen ganz zu schweigen, die das Land ohnehin

schon nutzen. Just in diesem Gebiet hat die malische Regierung auf Druck der Weltbank und anderer internationaler (Finanz-)Institutionen seit 2003 mindestens 540.000 Hektar Boden verkauft und über weitere 379.000 Hektar Vorverträge abgeschlossen (Stand: Mai 2011), wobei malienweit 2,5 Millionen Hektar zum Verkauf stehen sollen. Schwer begreiflich sind derartige Größenordnungen – nicht nur ob des Umstandes, dass die Ernährungssituation in Mali laut Welthungerindex weiterhin als „ernst“ einzustufen ist. Hinzu kommt, dass jährlich 150.000 Hektar durch Bodenerschöpfung verloren gehen und dass zudem die Bevölkerungszahl in den nächsten 50 Jahren von heute ca. 15 auf 50 Millionen Menschen anwachsen wird. 372.000 Hektar des verkauften Landes ist unterdessen an ausländische Investoren gegangen, unter anderem aus Kanada,





↑ EIN WEIT VERZWEIGTES, VOM NIGER GESPEISTES KANALSYSTEM ERLAUBT IM OFFICE DU NIGER ZWEI ERNTEN PRO JAHR | F: MAKOMBE

Südafrika, China, Großbritannien, Libyen und den USA. Beabsichtigt ist insbesondere der Anbau von Agrospritpflanzen und Exportgetreide, was genauso wie die Herkunft der Investoren internationalen Trends entspricht. So plant Libyen auf einer bereits 2008 erstandenen Fläche von 100.000 Hektar („Malibya“-Projekt) den Anbau von Reis, ein Vorhaben, das der libysche Außenminister bei einem Besuch Anfang 2012 in Mali trotz zwischenzeitlicher Verzögerungen erneut bekräftigt hat.

Auch ansonsten erfolgt der Ausverkauf des Landes nach leider üblichen Gepflogenheiten: Geheim, das heißt ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung, unter Verzicht auf Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen sowie zu grotesk günstigen Konditionen, wozu unter anderem niedrigste Pachtzinsen bzw. Kaufpreise, jahrzehntelange Steuernachlässe („tax holiday“) und nicht kosten-deckende Wassergebühren gehören. Offiziell wird dies damit begründet, dass die Pächter bzw. Käufer mit ihren Investitionen einen allgemeinen Beitrag zur Entwicklung leisten würden. Diese Behauptung entpuppt sich indes bei näherer Betrachtung als wenig stichhaltig. Vielmehr ist es in Mali bereits zu Vertreibungen ganzer Dörfer bzw. zum Durchzugsverbot für mobile Viehherden gekommen – und somit zur Zuspitzung der Ernährungslage, zur Zerstörung

lokaler (Subsistenz-)Strukturen und zu erzwungener Migration. Zudem führt die agrarindustrielle Bearbeitung des geraubten Landes zu massiven ökologischen Schäden: Unter anderem zur Forcierung des Klimawandels, zu Biodiversitätsverlusten und zur Senkung der Fluß- und Grundwasserspiegel („Watergrabbing“). Insbesondere letzteres könnte sich im Falle Malis als äußerst dramatisch entpuppen. Denn allein durch die bereits abgeschlossenen Landverträge würde sich die jährliche Entnahmemenge Malis aus dem insgesamt 4.180 Kilometer langen Niger verdoppeln, was wiederum für die über 100 Millionen Menschen katastrophale Konsequenzen hätte, die stromabwärts im Niger, in Benin und Nigeria als Bauern und Bäuerinnen sowie FischerInnen auf das Fluss-Wasser angewiesen sind. Wie prekär die Situation ist, lässt sich unter anderem daran erkennen, dass der Niger bereits in den letzten 30 Jahren ein Drittel seiner Wassermenge eingebüßt hat – ExpertInnen befürchten daher ein Kippen des Flusses, vor allem wenn die intensivlandwirtschaftlichen Pläne tatsächlich im geplanten Umfang realisiert werden sollten.

Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte es kaum überraschen, dass die sozialen Bewegungen in Mali mittlerweile „im Aufruhr“ seien, so der Via Campesina-Aktivist Ibrahim Coulibaly. Zum Ausdruck ist dies erstmalig im

Kolongo-Appell gekommen<sup>1</sup>: Mit gleichsam bebendem Unterton wird dort die „unverhohlene Verletzung der Menschenrechte durch schockierende Angriffe auf die physische und moralische Unversehrtheit der ländlichen Bevölkerung“ im Office du Niger vehement kritisiert – unter anderem mit Verweis auf die Festnahme von über 40 Bauern und Bäuerinnen aus Samadougou, die sich im Juni 2010 gegen die Zerstörung ihrer für die Agroförstwirtschaft unverzichtbaren Karité-Bäume zur Wehr gesetzt hatten. Verabschiedet wurde der Appell am 20. November 2010 beim Bäuerlichen Forum von Kongolomoto, wo bäuerliche und andere Organisationen aus sämtlichen Teilen Malis als Reaktion auf die Vorgänge im Office du Niger zusammen gekommen sind. Es war daher auch keineswegs zufällig, dass drei Monate später beim 10. Weltsozialforums in Dakar insbesondere bäuerliche Organisationen aus Mali dafür gesorgt haben, Landgrabbing als zentrale Gegenwartsproblematik sichtbar zu machen – mit dem von über 900 Organisationen weltweit unterzeichneten Dakar-Appell gegen Landgrabbing als handfestem Ergebnis. Fortgesetzt wurden die in Dakar begonnenen Strategie-Debatten sodann bei zwei weiteren Konferenzen in Mali: Zum einen Ende Oktober beim afrikanischen G20-Gegengipfel in Niono – quasi im Herzen des Office du Niger. Zum anderen Mitte

November anlässlich einer maßgeblich von Via Campesina initiierten Konferenz gegen Landgrabbing, zu der rund 250 Delegierte aus über 30 Ländern erneut nach Nyéléni gekommen waren, also jenem Ort, wo im Jahr 2007 das bereits erwähnte Forum zu Ernährungssouveränität über die Bühne gegangen ist.

Versteht man die in jeweils unterschiedlichen Kontexten entstandenen Appelle bzw. Resolutionen als mentale Landkarten des Widerstands – auch unter Bezug auf die zum Teil sehr heterogenen Erfahrungen im Kampf gegen Landgrabbing, sticht vor allem zweierlei ins Auge: Einerseits geht es den Bauern und Bäuerinnen nicht darum, bessere Entschädigungskonditionen durchzusetzen. Ihre zentrale Forderung lautet vielmehr, bleiben zu können – nicht zuletzt unter Geltendmachung ihrer gewohnheitsmäßigen Nutzungsrechte. Insofern wird auch kein Unterschied gemacht, ob Landraub wegen Bergbau, Tourismus oder Agrosprit erfolgt, genauso wenig wie zwischen ländlichen und innerstädtischen Vertreibungen eine scharfe Trennlinie gezogen wird. Denn letztlich sind Kämpfe um Boden- bzw. Land der gemeinsame Nenner – wobei die Organisationen nicht müde werden, die besondere Situation von Frauen hervorzuheben, die durch patriarchale Rechtstraditionen sowie ihre zentrale

Stellung in der Nahrungsmittelproduktion von Landvertreibungen besonders negativ betroffen sind. Andererseits werden Landkämpfe mit grundlegender Kritik kurzgeschlossen: So wird Landgrabbing in der Abschlusssdeklaration der Via Campesina-Konferenz als integraler Bestandteil jener bereits seit den 1980er Jahren mit Hochdruck verfolgten Strategie von IWF, Weltbank und transnationalen Konzernen bestimmt, „bäuerliche Landwirtschaft in industrielle Landwirtschaft umzuwandeln und Kleinbauern und -bäuerinnen in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren“ – und das mit absolut dramatischen Konsequenzen: „Landgrabbing verdrängt und vertreibt Gemeinschaften, zerstört lokale Wirtschaftssysteme und das soziokulturelle Gefüge“. Es ist insofern auch naheliegend, dass die konkreten, gegen Landgrabbing gerichteten Forderungen mit übergeordneten Zielsetzungen bzw. Visionen einhergehen, nicht zuletzt dem schon mehrfach erwähnten Konzept der Ernährungssouveränität, welches zugleich eine umfassende Antwort auf die eng verzahnten Krisen der Ernährung, des Bodens und des Klimas darstellt. Denn Ernährungssouveränität zielt auf ein (globales) Ernährungssystem, in dessen Zentrum nicht Konzerninteressen, sondern der ungehinderte Zugang zu Land, Wasser und Saatgut für klein-

bäuerliche ProduzentInnen steht. Es geht also um die Umstellung auf kleinbäuerliche und somit klimaschonende Landwirtschaft (bzw. deren Verteidigung) sowie die Dezentralisierung der Lebensmittelversorgung mit kurzen Versorgungsketten zwischen Produktion und Konsumtion.

Und doch: Trotz existentiell aufgeladener Grundsatzkritik, lassen sich aus den Vorgehensweisen der bäuerlichen Organisationen mindestens fünf ganz konkrete Widerstandsmaximen herausdestillieren – verwiesen sei in diesem Zusammenhang vor allem auf die Abschlusserklärung der Via Campesina-Konferenz, welche als eine Art Blaupause für den globalen Widerstand gegen Landgrabbing gelesen werden kann:

- ▶ Erstens: Auch wenn Landgrabbing auf vielfältige Weise in die immer komplexer werdenden Peripherie-Zentrumsbeziehungen eingebunden ist, begreifen viele bäuerliche AktivistInnen ihre eigenen Regierungen als zentralen Gegner. Und das vor allem deshalb, weil die staatlicherseits verfügten bzw. sanktionierten Landenteignungen gemeinhin jeder gesetzlichen Grundlage entbehren. So sind es selbst im vergleichsweise demokratisch regierten Mali wahlweise der Präsident persönlich oder zwei eigens von ihm bestimmte Be-



↑ DIE RIESIGEN KUH-HERDEN KEHREN ALLABENDLICH INS DORF ZURÜCK, OFT VERTEILT AUF VIELE KLEINE STÄLLE | F: MAKOMBE

- amte, die ohne Kontrolle sämtliche Land(-grabbing)verträge abschließen – nicht einmal das Landwirtschaftsministerium ist eingebunden. Folgerichtig wird ausdrücklich eine Stärkung der materiellen Infrastruktur des kleinbäuerlichen Widerstands erbeten – nicht zuletzt mit Blick auf juristische Auseinandersetzungen.
- ▶ Zweitens: Der Kampf gegen Landgrabbing ist äußerst gefährlich, allein in Honduras sind bei Konflikten mit Palmölproduzenten zwischen Januar 2010 und Oktober 2011 vierzig bäuerliche AktivistInnen ermordet worden. Transnational organisierte Antirepressionsarbeit, ggf. auch Menschenrechtsbeobachtung ist insofern unerlässlich.
  - ▶ Drittens: Oftmals fehlen im Widerstand grundlegende Informationen, gerade weil Privatisierungsverträge rund um den Globus geheim gehalten werden. Dem Aufbau von Datenbanken und Monitoring kommt daher eine wichtige (Frühwarn-)Funktion zu<sup>2</sup>.
  - ▶ Viertens: Auch wenn sich bäuerliche Organisationen primär auf die eigenen Regierungen konzentrieren, wird in der Via-Campesina-Erklärung erfreulicherweise ein riesiges Aktionstableau aufgemacht – von Landbesetzungen über Aktionen gegen Investoren bis hin zu Einsprüchen bei Parlamenten oder internationalen Institutionen. Fünftens: So wichtig Süd-Nordallianzen sind, die bäuerlichen Akteure bestehen darauf, dass ihre Kämpfe im Zentrum dieser Bündnisse stehen – eine Forderung, die gerade im Licht paternalistisch-dominanter Tendenzen bei zahlreichen NGOs absolut zentral ist.
  - ▶ Last but not least: Unstrittig dürfte sein, dass sich für nördliche AktivistInnen aus zahlreichen Perspektiven Anknüpfungspunkte an den Widerstand gegen Landgrabbing ergeben. Das aus migrationspolitischen Kämpfen hervorgegangene Netzwerk Afrique-Europe-Interact wird daher im Frühjahr 2012 mit rund dreißig afrikanischen und europäischen AktivistInnen ländliche

Gemeinden in Mali besuchen, um so die Möglichkeiten gemeinsamer, transnational verankerter Aktivitäten gegen Landgrabbing auszuloten. Zudem sind hierzulande mehrere Aktionen geplant, nicht zuletzt unter dem Motto „Bankraub statt Landraub“. ☉

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> DER APPELL SOWIE WEITERE DEKLARATIONEN, TEXTE UND ANALYSEN SIND AUF [WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET](http://WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET) DOKUMENTIERT.

<sup>2</sup> IN TANSANIA, SÜD-SUDAN UND SIERRA LEONE IST ES BÄUERLICHEN UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN AKTEUREN UNTER RÜCKGRIFF AUF KONKRETE RESEARCHERGEBNISSE DES OAKLAND INSTITUTS (USA) GELUNGEN, BEREITS ABGESCHLOSSENE LANDGRABBING-VERTRÄGE WIEDER INS WANKEN ZU BRINGEN. DIVERSE STUDIEN ZU LANDGRABBING IN ACHT AFRIKANISCHEN LÄNDERN KÖNNEN AUF DER WEBSEITE DES INSTITUTS ABGERUFEN WERDEN: [WWW.OAKLANDINSTITUTE.ORG](http://WWW.OAKLANDINSTITUTE.ORG)

**OLAF BERNAU**, No Lager Bremen.

Erschienen in:

ak – analyse & kritik Nr. 569



## INFOBOX I

# Landgrabbing-ABC

## EINE KURZE BESTANDSAUFNAHME

### AUSGANGSPUNKTE

Ob Pacht oder Kauf, es ist kein Zufall, dass in der politischen Arena nicht neutral von der Umnutzung großer Wald-, Agrar- und Weideflächen zugunsten kommerzieller Landwirtschaft die Rede ist, sondern polemisch von Landgrabbing bzw. Landraub. Denn gemeinhin erfolgt der Eigentümerwechsel zu grotesk günstigen Konditionen – hierzu gehören niedrigste Pachtzinsen bzw. Kaufpreise genauso wie jahrzehntelange Steuernachlässe („tax holiday“), Befreiung von Importzöllen für Baumaterialien oder geheime Vertragsabschlüsse ohne Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung. Offiziell wird dies damit begründet, dass die Pächter bzw. Käufer mit ihren Investitionen einen allgemeinen Beitrag zur Entwicklung der Gastländer leisten würden. Diese Behauptung entpuppt sich indes bei näherer Betrachtung als wenig stichhaltig, wie selbst die Weltbank mittlerweile eingeräumt hat. Denn der Bau von Kanälen oder Straßen dient in erster Linie dem Abtransport der agrarischen Rohstoffe, nicht aber der Entwicklung lokaler Ökonomien – von zusätzlichen Arbeitsplätzen auf den riesigen Plantagenkomplexen ganz zu schweigen.

### AKTEURE

Als Investoren fungieren zum einen staatliche oder private Investmentfonds, zum anderen national bzw. transnational operierende Unternehmen, häufig aus dem Agrobusiness-Sektor. Entsprechend breit ist auch die Palette dessen, was auf den Flächen geschieht: Am häufigsten erfolgt mit 35,2 Prozent der Anbau von Energiepflanzen – dahinter steht die Entscheidung insbesondere der USA und

der EU, den Anteil von Agrotreibstoffen durch so genannte Beimischungsquoten in den nächsten zehn Jahren massiv zu erhöhen. Ebenfalls bedeutsam ist Exportgetreide mit 32,4 Prozent („Offshorefarming“), hier sind vor allem Investmentfonds aus finanzkräftigen Ländern mit unzureichender landwirtschaftlicher Nutzfläche tätig, etwa aus China, Südkorea oder den Golfstaaten. Weitere Posten sind Forstwirtschaft mit 15,1 Prozent sowie Viehhaltung, Schnittblumen oder exotische Früchte im jeweils einstelligen Prozentbereich.

### AUSWIRKUNGEN

Investoren und Regierungen bemühen sich zwar, Landgrabbing als win-win-Situation darzustellen, Fakt bleibt aber, dass die Konsequenzen für die Mehrheit der betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen äußerst dramatisch sind. Denn es handelt sich keineswegs um leere oder ungenutzte Flächen, wie es immer wieder heißt. Vielmehr kommt es in großem Stil zu Vertreibungen ganzer Dörfer bzw. zum Durchzugsverbot für mobile Viehhirten – und somit zu Hunger, zur Zerstörung lokaler (Subsistenz-)Strukturen und zu erzwungener Migration. Zudem führt die agrarindustrielle Bearbeitung des geraubten Landes zu massiven ökologischen Schäden: Unter anderem zur Forcierung des Klimawandels, zu Biodiversitätsverlusten und zur Senkung der Fluß- und Grundwasserspiegel („Watergrabbing“) – alles Entwicklungen, von denen ihrerseits wiederum Kleinbauern und -bäuerinnen besonders stark betroffen sind.

### EINBETTUNG

Landgrabbing ist kein neues Phänomen. Das zeigt bereits ein kurzer Blick in die Geschichte des Kolonialismus. Ebenso sollten andere Ursachen von Landraub nicht aus dem Blick geraten, etwa Bergbau, Infrastrukturprojekte oder Tourismus. Dennoch drängt sich die Frage auf, weshalb es in den letzten Jahren zu einer Verzehnfachung der Landverkäufe gekommen ist. Drei Aspekte scheinen ausschlaggebend zu sein: Zunächst gab es einen ohnehin steigenden Flächenbedarf durch Bevölkerungswachstum, Ernterückgänge im Zuge des Klimawandels und steigende Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten. Sodann ist diese Entwicklung durch die Finanzkrise extrem dynamisiert worden, teils durch die reale Erfahrung spekulationsbedingter Preisschwankungen bei Grundnahrmitteln, teils durch freigesetztes Finanzkapital, das neue Anlagensphären gesucht hat (darunter zahlreiche Pensionsfonds). Schließlich sollte nicht aus dem Blick geraten, dass es sich um langfristige Prozesse handelt, deren Anfänge bereits in den 1990er Jahren liegen. Damals bemühten sich vor allem Weltbank und IWF darum, im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen neue (Land-)Rechtssysteme zu implementieren – quasi als strukturelle Voraussetzung der nunmehr mit Hochdruck forcierten Integration ländlicher Gebiete in den Weltmarkt (Stichwort: In-Wert-Setzung). Der Text ist im Zusammenhang mit einer von Afrique-Europe-Interact initiierten 24-stündigen Belagerung der Deutschen Bank in Bremen entstanden. Mehr hierzu (inklusive Presseartikel) auf: [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net). ○



↑ LANDGRABBING GEHT HÄUFIG MIT UMSIEDLUNGEN EINHER – WIE IM FALLE DES DORFES BÉLIDANEDJI | F: P. REVELLI

► GETREIDE FÜR LIBYEN

# Das Malibya-Projekt

## 100.000 HEKTAR FÜR LIBYSCHEN INVESTMENTFONDS IM OFFICE DU NIGER

12

Um seine Landwirtschaft zu modernisieren, sieht sich Mali mangels eigener Finanzmittel gezwungen, ausländische Investoren anzuwerben. Libyen war 2008 eines der ersten Länder, das seine Dienste anbot. Daraus entstand die hundertprozentig libysche Entwicklungsgesellschaft Malibya, die vom malischen Investitionsgesetz profitiert. Bamako stellte das Land - 100 000 Hektar in der bewässerten Agrarzone "Office du Niger"<sup>1</sup> - und Tripolis das Kapital. Finanziert wurde das Projekt bislang vom Libya Africa Investment Portfolio (LAP), einem Investmentfonds, der bis vor kurzem von

einem Staatssekretär Gaddafis verwaltet wurde.

Die erste Tranche von 38 Millionen Euro steckte man in einen 40 Kilometer langen Bewässerungskanal, Straßen und die Erschließung von 25 000 Hektar Land. Das Wasser des gerade fertiggestellten Kanals wird auf der Höhe des Markala-Staudamms vom Niger abgeleitet, dort, wo die Bauern des "Office du Niger" ihre Felder bestellen.

Malis Regierung freute sich über das neue Landwirtschaftsprojekt, das die Entwicklung des Landes fördern sollte. Und für Libyen bot das Vorhaben, neben der verbesserten Ernäh-

rungssicherheit, auch die Möglichkeit, seine Beziehungen zu den Ländern südlich der Sahara auszubauen.

Die von vielen Seiten zitierten Principles for Responsible Agro-Investment, RAI (Grundsätze für verantwortliches Agrarinvestment, siehe Kasten), die im Januar 2010 von der Weltbank, der Welternährungsorganisation (FAO) und anderen internationalen Organisationen aufgestellt wurden, haben die Malibya-Vertragspartner ganz offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen. Der malische Staat hatte sich eigentlich dazu verpflichtet, Land zur Verfügung zu stellen, das von nie-



↑ RIESIGE ZUCKERROHRPLANTAGEN DER FIRMA SOSUMAR HABEN HEFTIGE BAUERNPROTESTE IM OFFICE DU NIGER HERVORGERUFEN | F: P. REVELLI

mandem beansprucht wird. Man ignorierte einfach, dass das Gebiet bereits bewirtschaftet wurde. Die Kleinbauern hatten somit keinerlei Rechte und konnten vertrieben werden; wenn sie Glück hatten, bekamen sie noch eine Entschädigung.

Libyen ging es vor allem darum, den eigenen Bedarf an Getreide zu decken - ohne Rücksicht darauf, dass es damit die Ernährungssicherheit seines Vertragspartners bedroht. Und dabei ist noch nicht eingerechnet, dass die Felder mit Nigerwasser bewässert werden, das - zumindest in der Trockenzeit - im "Office du Niger" und anderen Anbaugebieten fehlen wird. Die zweite Leitlinie ("keine Gefährdung der Ernährungssicherheit") wurde also auch nicht beachtet.

Bisher wurde keine der im Rahmen des Projekts durchgeführten Studien veröffentlicht, und an den vorgeschriebenen Prozessablauf hat man sich schon gar nicht gehalten: Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien (En-

vironmental and Social Impact Assessment, Esia) wurden erst Ende 2009 erstellt, zu diesem Zeitpunkt hatten die Bauarbeiten längst begonnen. Die Libyer fingen mit der Arbeit an, ohne die eigentlich vorgesehene Umweltgenehmigung abzuwarten, die die Zustimmung Bamakos erst offiziell gemacht hätte. So wurde auch die dritte Leitlinie - Transparenz und Good Governance - missachtet.

Außerdem hätte nach malischem Recht die betroffene Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssen (wie es auch im vierten Punkt der RAI-Prinzipien gefordert wird). Doch nichts dergleichen geschah. Stattdessen fielen Topografen, Landvermesser und die mit den Bauarbeiten beauftragte chinesische Firma vor Ort ein, ohne dass die Anwohner im mindesten über das geplante Vorhaben unterrichtet worden wären. "Als die Chinesen anfangen, den Kanal auszuheben, bekamen wir Angst um unsere Kinder. Einige wurden von den Ma-

schinen sogar zerquetscht. Keiner wusste, was vor sich ging - ich weiß nur, dass ich mein Feld verloren habe, das unsere Familie ernährt hat", erzählt ein Bauer aus Boky Wéré.<sup>2</sup> Auch der vierte Grundsatz - Beteiligung der Bevölkerung - wurde also nicht eingehalten.

Die übrigen drei der von den internationalen Organisationen aufgestellten Prinzipien für "verantwortliches Agroinvestment" betreffen die wirtschaftliche Tragfähigkeit sowie die soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Beim Malibya-Projekt liegen darüber keine Informationen vor. Die Anfänge des Vorhabens lassen jedoch befürchten, dass Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit oder soziale Gerechtigkeit nicht gerade im Mittelpunkt stehen. So besitzt Malibya gemäß dem Investitionsabkommen einen privilegierten Zugang zum Wasser. Der malische Staat hat sich verpflichtet, Wasser zur Nutzung von 100 000 Hektar zu liefern, das entspricht etwa den 130 Kubik-

metern pro Sekunde, die die libysche Seite fordert. Ein malischer Funktionär, der anonym bleiben möchte, meint dazu: "Die Libyer haben nach der Machbarkeitsstudie zwar die 130 Kubikmeter gefordert, aber es ist nicht gesagt, dass wir sie ihnen auch gewähren werden. Das hängt von den Projekten und dem Wasserbedarf im gesamten Gebiet ab." Doch als der libysche Botschafter ihn wegen der Wasserfrage anrief, dachte er vor allem daran, die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht zu gefährden.

Der malische Staat hat bereits jetzt Schwierigkeiten, die eigenen Bauern mit Wasser zu versorgen. In der Trockenzeit stehen am Niger im Schnitt nur 50 Kubikmeter pro Sekunde für die Bewässerung zur Verfügung, und etwa alle zehn Jahre gibt es fast gar kein Wasser. Die verfügbare Durchflussmenge nach Abzug der übrigen Bewässerungsprojekte - sie dürfte bei etwa 40 Kubikmetern liegen - ent-

spricht wohl kaum der im Abkommen zwischen Mali und Libyen festgelegten Zahl.

### **TRIPOLIS BESCHLOSS DIE ERSTE TRASSE, OHNE DIE MALIER ÜBERHAUPT ZU FRAGEN**

Die Aufteilung dieser Ressource ist daher der Knackpunkt des Projekts. Denn Malibya tritt dabei in Konkurrenz zu den malischen Bauern und zu allen anderen Niger-Anrainern. "Das libysche Unternehmen hat sein Bauarbeitercamp genau da errichtet, wo sonst unsere Tiere geweidet haben, und sie richten große Schäden an. Wir sehen hier keine positiven Auswirkungen des Projekts. Wir können noch nicht einmal das Wasser nutzen, das sie im Camp heraufpumpen", beschwert sich ein Viehzüchter aus Monimpébougou. Bis vor kurzem hat Libyen noch verhandelt, um nicht die im Abkommen vorgesehene Jahresgebühr von 100 Euro pro Hektar für die Bewässerung bezahlen

zu müssen. Doch die Bauern in dem betroffenen Gebiet müssen noch weit mehr bezahlen: 200 Euro pro Hektar und Jahr, sonst droht ihnen die Vertreibung von ihrer Parzelle.

Der geplante Verlauf des Kanals machte viele Nachverhandlungen erforderlich. Libyen hatte gefordert, der malische Staat solle die Entschädigung der Bevölkerung übernehmen. Die erste Trasse wurde von Tripolis beschlossen, ohne dass Bamako überhaupt zu Rate gezogen wurde. Demnach sollten 16 Dörfer umgesiedelt und mit der gesamten Infrastruktur wie Schulen und Ambulanzen für 24 Millionen Euro neu aufgebaut werden. Auf Anfrage der Malier wurde der Plan überarbeitet, so dass die Kosten nur noch 178 000 Euro betragen. Doch erst nachdem Gemeinden, Vereine und Beamte zwei Jahre lang protestiert hatten, bekam ein Teil der Bauern tatsächlich eine Entschädigung ausgezahlt. Die gesamte Entschädigungssumme lag



bei 10 000 Euro, das sind weniger als 6 Prozent der ursprünglich vorgesehenen Gelder.

### ACHT DÖRFER SOLLEN UMGESIEDELT WERDEN

Die Bauarbeiten hatten noch andere negative Folgen. So wurde der Abtrag des Kanals einfach auf den anliegenden Felder aufgetürmt, die dadurch unbrauchbar wurden. "Es liegen noch viele Lehmhaufen auf den Feldern von Boky Wéré. Der Bürgermeister hat gefordert, dass sie abtransportiert werden, aber das hat nicht geklappt. Unsere Beziehungen zu Malibya sind kompliziert", erklärte ein Verwalter des "Office du Niger".

Die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie für die Erschließung der ersten 25 000 Hektar begann erst 2009, dabei hätte sie spätestens drei Monate nach der Zuweisung der Ländereien beginnen müssen. Acht Dörfer und dreißig Weiler sollen umgesiedelt

werden. Die Bewohner fordern Entschädigungen und neue Jobs. Die Asia-Studie empfiehlt Wiederaufforstungsgebiete, Brunnenbohrungen, Schulen und Ambulanzen. Auch wenn die Investoren die für solche "zusätzlichen Arbeiten" notwendigen zwei Millionen Euro zahlen müssten, hat man die Berechnung und Auszahlung der Entschädigungen dem malischen Staat übertragen (und die Erfahrung zeigt, dass die tatsächlich ausgezahlten Abfindungen keineswegs dem entstandenen Schaden entsprechen).

Im Augenblick werden im Rahmen des Malibya-Projekts nur landwirtschaftliche Versuche durchgeführt, die 2010 aufgrund von Geldmangel nur 7 Hektar betrafen. Seit der Flutung des Kanals (an dem bislang keine Wasserentnahmestellen installiert sind) wurden auch noch keine Felder erschlossen. Malibya ist wohl schon vor dem Ende der Ära Gaddafi die Puste ausgegangen. ○

### FUSSNOTEN

<sup>1</sup> Das "OFFICE DU NIGER" IST EINE 88 000 HEKTAR GROSSE, DURCH EIN KANALSYSTEM BEWÄSSERTES REGION NORDÖSTLICH VON SÉGOU. ES WURDE 1932 VON DER FRANZÖSISCHEN KOLONIALMACHT FÜR DEN ANBAU VON BAUMWOLLPLANTAGEN ANGELEGT.

<sup>2</sup> DIE BEFRAGTEN MÖCHTEN ANONYM BLEIBEN.

**AMANDINE ADAMCZEWSKI** ist Geografie-Doktorandin. **JEAN-YVES JAMIN** ist Wasserexperte am Centre de coopération internationale en recherche agronomique pour le développement (CIRAD) in Montpellier. Erstmals erschienen in: Le Monde diplomatique Nr. 9594 vom 9. 9. 2011. Aus dem Französischen von **SABINE JAINSKI**.



↑ SEIT 2010 PROTESTIEREN BEWOHNERINNEN DES DORFES SADAMANDOUGOU GEGEN DIE LANDGRABBING-BEDINGTE ZERSTÖRUNG IHRER KARITÉ-BÄUME | F: MAKOMBE

## ► KOLONIALISMUS RELOADED

# Wie Gold, nur besser

## FETTE DIVIDENDEN AUS AFRIKAS BÖDEN

Mit der Gründung einer privaten Finanzgesellschaft im Jahr 1876 wollte sich Belgiens König Leopold II. die Kontrolle über die heutige Demokratische Republik Kongo sichern. Um seine imperialen und materiellen Absichten zu verbergen, tarnte er das Unternehmen als wissenschaftlich-philantropische Gesellschaft. Mit diesem Trick gelang es Leopold auf der Berliner Konferenz von 1884/85, die Abgesandten der USA und 13 europäischer Staaten von der Ehrenhaftigkeit seiner Pläne zu überzeugen. Die Konferenz fasste den Beschluss, dem belgischen König die Souveränität über den Freistaat am Kongo zu übertragen. So begann die koloniale Zerstückelung des afrikanischen Kontinents.

Eine Zeitreise von 125 Jahren: Am 18. November 2009 hält Tony Blair im neoimperialen Ambiente des Londoner Queen Elizabeth II. Conference Centre eine Rede vor dem sogenannten Sierra Leone Investment Forum. Zu den Organisatoren der Veranstaltung gehörte die von Blair gegründete African Governance Initiative (AGI), die darauf aus ist, Sierra Leone an potenzielle Investoren zu verkaufen. Der ehemalige britische Premierminister verweist die Interessenten auf die „Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Flächen“, die in Sierra Leone zu haben sind.<sup>1</sup> In seinem Eifer scheint Blair ganz entgangen zu sein, dass auf diesen Flächen ein paar Millionen Landeskinder leben, die auf deren Erträge angewiesen sind.

Der alte König Leopold hätte sich auf diesem Investment Forum bestimmt wie zu Hause gefühlt und wissend mit dem Kopf genickt, als Blair seine Zuhörer aufforderte, Land und Strände in Sierra Leone aufzukaufen und damit stattliche Gewinne zu machen.<sup>2</sup> Auch der hehre Anspruch, „einen praktikablen Ansatz im Sinne von Entwicklung und Armutsbekämpfung“ zu verfolgen, hätte dem belgischen König ein nostalgisches Déjà-vu-Gefühl vermittelt: Sein damaliger Plan, sich einen großen Teil von Afrika einzuverleiben – natürlich im Namen von Entwicklung und Fortschritt –, hat offenbar alerte und erfolgreiche Nachahmer gefunden.

### DIE NEUE ZERSTÜCKELUNG AFRIKAS HAT BEGONNEN

Die neuerliche Zerstückelung Afrikas hat begonnen. Nur sind die Akteure heute nicht die Könige und Königinnen kolonialer Reiche, sondern die Majestäten der Finanzmärkte, Großkonzerne und reichen Staaten. Sie richten ihre begehrliehen Blicke auf das Kapital, das sich noch im Besitz der Afrikaner befindet: der landwirtschaftlich nutzbare Boden. Internationale Banken und Investmentfonds, Industrieländer, Agrarkonzerne und reiche Einzelunternehmer wollen auf Riesenflächen gigantische industrielle Großfarmen aufziehen, die Nahrungsmittel und Biosprit produzieren sollen – für den Export und den Profit, versteht sich.

„Ausländische Direktinvestitionen in die Landwirtschaft“ lautet die harmlose Vokabel für das neue land grabbing auf dem afrikanischen Kontinent.<sup>3</sup> Die Institutionen, die diese Landnahme propagieren, sprechen von einem Geschäft, bei dem es nur Gewinner gibt. Zu denen gehören unter anderem die International Finance Corporation (IFC) der Weltbank, der International Fund for Agricultural Development (Ifad) und sogar die Welternährungsorganisation FAO, obwohl deren Generaldirektor Jacques Diouf sich anfangs dazu hinreißen ließ, das land grabbing als eine Form von „Neokolonialismus“ zu bezeichnen.

Diesen Gedanken hat sich wenig später ein anderer zu eigen gemacht: Muammar al-Gaddafi. Auf dem Welternährungsgipfel Mitte November letzten Jahres in Rom rief der libysche Staatspräsident die Welt zum Kampf gegen „den neuen Feudalismus“ auf. Er vergaß dabei nur, dass er selbst zu den neuen Feudalherren gehört: Im Nachbarstaat Mali, wo die Wüstenbildung rasant voranschreitet, hat sich Libyen 100 000 Hektar wertvollen Ackerboden am Nigerufer unter den Nagel gerissen.

Auch Peking ist mit von der Partie. Angeblich 2,8 Millionen Hektar groß ist die Fläche, die China in der Demokratischen Republik Kongo gepachtet hat, um die größte Ölpalmenplantage der Welt aufzuziehen.<sup>4</sup> Und Philippe Heilberg, der dem New Yorker Investmentfonds Jarch Capital vorsteht, hat

im Süden des Sudan mit dem Sohn des Warlords Paulino Matip einen Pachtvertrag über 400 000 Hektar Land abgeschlossen.<sup>5</sup> Susan Payne, Exchefin von Goldman Sachs und heute an der Spitze von Emergent Assets Management, betreibt unter anderem einen African Land Fund, der bereits in sieben afrikanischen Staaten Land aufgekauft hat – laut Werbeprospekt handelt es sich durchweg um „sozial verantwortliche Investitionen“.

In Äthiopien organisierten fünfzig große saudische Unternehmen ein Forum über Investitionschancen bei landwirtschaftlichen Exportprodukten, auf dem die Möglichkeiten des Grunderwerbs in Ostafrika vorgestellt wurden. Der Inder Sai Ramakrishna Karuturi, der mit seiner Expansionsstrategie den Agrogiganten Cargill abhängen will, besitzt nach eigenen Aussagen die größte „land bank“ der Welt. Ein Großteil dieses Bodens liegt in Äthiopien,<sup>6</sup> dem Land also, dessen Regierung die Welt um Nahrungsmittelhilfe für 6,2 Millionen Menschen anfleht, nachdem eine Dürrekatastrophe die Ernten vernichtet hat. Die äthiopische Regierung

hat bereits 600 000 Hektar verpachtet und sucht Investoren für weitere 3 Millionen Hektar, auf denen riesige – und sehr wasserintensive – Plantagen für Exportprodukte entstehen sollen.<sup>7</sup> In der Republik Kongo mit ihrem wertvollen und bedrohten Regenwald bekommen südafrikanische Großfarmer vom Präsidenten 10 Millionen Hektar zur agrarischen Nutzung angeboten. Und die Liste solcher Projekte in Afrika wird ständig länger.

Die lange und traurige Vorgeschichte des heutigen land grabbing begann mit der Ausbeutung von Millionen Afrikanern, die als Sklaven in die Neue Welt verschleppt wurden, um dort als Plantagenarbeiter den Reichtum der amerikanischen Großgrundbesitzer zu mehren. Dann kam die Epoche der kolonialen Ausplünderung, in der sich die Europäer die Bodenschätze und Diamanten sowie das Holz Afrikas aneigneten, gefolgt von jahrzehntelanger neokolonialer Ausbeutung, die mit den ersten Ölfunden begann. Inzwischen wurde die Ausplünderung mit neuen Methoden betrieben: mit politischer Einmischung, etwa um

nationalistische Führer und Widerstandsbewegungen zu bekämpfen oder auszuschalten, oder mit monetaristischen Strategien wie den berühmten Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank. Und natürlich mittels eines liberalisierten Welthandels, der die afrikanischen Märkte für die Dumpingwaren der westlichen Industriestaaten „geöffnet“ hat.

### ÜBERNAHME DURCH KATASTROPHENKAPITALISTEN

Nach alledem ist der afrikanische Kontinent verschuldet, abhängig und dem ausländischen Kapital auf Gedeih und Verderb ausgeliefert – und damit reif für die Übernahme durch „Katastrophenkapitalisten“. Als solche bezeichnet Naomi Klein die Unternehmer, die die ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Katastrophen unseres Planeten zu verantworten haben und auch hinterher noch zwischen den Trümmern ihre Geschäfte betreiben.<sup>8</sup>

Bei ihrem Wettlauf um die Gunst der Katastrophenkapitalisten rennen sich die afrikanischen Staatsführer



↑ SCHULKINDER IN KOUROUMA AUF DEM RÜCKWEG VON DER SCHULE | F: MAKOMBE

fast über den Haufen. Sie alle locken die landgierigen Unternehmen mit allerlei Zugeständnissen und Anreizen. Sie sind so naiv zu glauben, dass sich mit gigantischen, für den Export produzierenden Agrarkonzernen auch die Ernährungs- und Beschäftigungsprobleme in ihren Ländern lösen ließen – und scheinen zu vergessen, welche Bedeutung die kleinbäuerliche Subsistenzlandwirtschaft bei ihnen hat.

Der wichtigste Pate dieser afrikanischen Politiker ist die International Finance Corporation der Weltbank, die auf dem ganzen Kontinent „One Stop Shops“ eingerichtet hat. Diese Agenturen für Investitionsförderung sind genau genommen nur dazu da, den Investoren lästige Steuern zu ersparen und sie vor Gesetzen zu bewahren, die den Schutz der Arbeiter, der Menschenrechte, der Umwelt und letztlich der afrikanischen Souveränität gewährleisten könnten.

Häufig behaupten die Investoren, das von ihnen erworbene Land sei „ungenutzt“ oder „untergenutzt“ oder läge

einfach nur brach. Dieses Argument, das auch afrikanische Regierungen gern heranziehen, verkennt aber die Bedeutung des ausgeklügelten Systems der Bodennutzung, bei dem die Brache dazu dient, die Bodenqualität zu verbessern und ganze Landschaften oder etwa bestimmte Wasserläufe zu schützen. Gleichfalls übersehen wird dabei der unglaubliche Reichtum an Nahrungsmitteln, Gewürzen, Ölen, Aromastoffen und medizinischen Substanzen, den diese angeblich ungenutzten Wald- und Buschflächen für die einheimische Bevölkerung darstellen.

Das International Food Policy Research Institute (Ifpri) schätzt, dass in den letzten beiden Jahren mindestens 20 Millionen Hektar afrikanischen Bodens in mehr als 30 Ländern entweder verkauft oder für einen Zeitraum von 30 bis 100 Jahren verpachtet wurden.<sup>9</sup> Viele dieser Geschäfte werden hinter verschlossenen Türen ausgehandelt, oft mit dem Segen traditioneller Herrscher und Häuptlinge. Die sollten sich eigentlich als Hüter des

Bodens verstehen, lassen sich aber häufig durch ein kleines Geschenk oder einen schlecht bezahlten Verwaltungsjob auf der Plantage des Investors zur Unterschrift bewegen.

### DER KLIMAWANDEL ALS KATALYSATOR

Die erworbenen Flächen wollen die Käufer – zumal die aus den ölreichen Golfstaaten und China – als Offshore-Farmland nutzen, um damit ihre eigene Lebensmittelversorgung sicherzustellen, und sei es auf Kosten der der Afrikaner. Auch sollen auf etlichen Flächen künftig Pflanzen für Biosprit wachsen: Nahrungsmittelpflanzen wie Zuckerrohr, Ölpalmen, Maniok und Mais oder andere Pflanzen wie Purgiernuss (Jatropha). Dabei ist gerade in den Ländern die eigene Nahrungsmittelversorgung stark gefährdet, weil ihre Wasservorräte schwinden und die Bodenerträge sinken – und zwar als Folge des Klimawandels, für den Afrika bekanntlich nicht verantwortlich ist.

Der Klimawandel wirkt für das land grabbing einerseits als Beschleu-



↑ AEI-LANDRAUB-TRANSPARENT AUF DER BLOCKUPY-DEMO GEGEN BANKENMACHT IN FRANKFURT, MAI 2012 | F: ANONYM

nigungsfaktor, weil er Ängste vor Lebensmittelknappheit erzeugt und damit die Profiterwartungen verbessert. Umgekehrt kann aber auch der Landhunger des Agrobusiness den Klimawandel beschleunigen. Denn die dadurch verdrängte traditionell kleinbäuerliche Landwirtschaft zeichnet sich in der Regel durch eine hohe Biodiversität aus, die den Boden vor den Auswirkungen des Klimawandels schützt.<sup>10</sup>

Ausgerechnet diese traditionellen Anbaumethoden sind von den Großprojekten des Agrobusiness besonders bedroht: Diese Monokulturen erfordern gigantische Mengen an Pestiziden, Herbiziden und Kunstdünger, der aus fossilem Brennstoff gewonnen wird, sowie den Einsatz von Maschinen, die einen hohen Verbrauch an fossilen Brennstoffen und Wasser haben. Das International Institute for Sustainable Development (IISD) urteilt deshalb, das land grabbing sei in Wahrheit ein „water grabbing“, also der Zugriff auf die Wasserquellen.

Zusätzlich angeheizt werden die Landkäufe durch die globale Nahrungsmittelkrise. Deren Ursache liegt nicht etwa in einem allgemeinen Nahrungsmittelmangel, sondern im Mangel an erschwinglichen Nahrungsmitteln für die rund eine Milliarde Menschen, die weltweit Hunger leiden. Als 2008 die Weltmarktpreise für Lebensmittel plötzlich in die Höhe schossen, ging dies zum Teil auf die wilde Spekulation zurück, die EU und USA mit ihren neuen Biospritzvorgaben ausgelöst hatten. Der Run auf erneuerbare Treibstoffe – die nach Ansicht vieler Experten den Klimawandel kaum eindämmen werden – verstärkt paradoxerweise also auch den Run auf die afrikanischen Böden.

Auch die globale Finanzkrise treibt das land grabbing weiter an. Ausgelöst haben diese Krise dieselben risikoliebenden Banken, Investmentunternehmen und Finanzinstitute, die für ihr Kapital nun nach sicheren Anlagemöglichkeiten suchen. „Land bank“ (Bodenbank) ist die neue Bezeichnung für Ackerland, das die Manager der

Hedgefonds, der Private-Equity-Branche und der großen Pensionsfonds propagieren. Nach Ansicht des Finanzexperten Chris Mayer ist Landerwerb eine Wertanlage „wie Gold, nur besser“.<sup>11</sup>

Diese von Investmentbankern, Konzernen und Milliardären betriebene Form der Landwirtschaft – beziehungsweise das, was unter diesen Umständen von der Landwirtschaft noch übrig bleibt – ist ungefähr das Gegenteil der Anbaumethoden, wie sie in Afrika 80 Prozent der Bauern betreiben. Eine umfangreiche Langzeitstudie belegt eindeutig, wie nachhaltig und ökologisch vernünftig diese Art des bäuerlichen Wirtschaftens ist.<sup>12</sup>

Das sieht der Chef der Abteilung Agribusiness bei der IFC anders. Für Oscar Chemerinski gibt es in der Frage nach dem „richtigen Modell für Afrika“ eben „unterschiedliche Denkansätze“. Er beruft sich auf eine Weltbank-Studie, aus der hervorgehe, dass agrarische Großunternehmen und kleinbäuerliche Landwirtschaft in einer „starken symbiotischen Beziehung“ koexistieren können. Wie mag das wohl in den Ohren des Kleinbauern im Norden Ghanas klingen, der eines Tages seinen Acker nicht mehr betreten konnte, weil die Firma Biofuel Africa 23700 Hektar Land in der Gegend erworben hat, um dort die Biospritzpflanze *Jatropha* anzubauen?

Olivier de Schutter dagegen, der UN-Sonderberichterstatter für das „Right to Food“-Programm, hält solche Investitionen in landwirtschaftliche Exportprodukte für eine Katastrophe. De Schutter spricht sich entschieden gegen alle Investitionen aus, die die Nahrungsmittelsicherheit der betroffenen Länder gefährden. Er weist darauf hin, dass afrikanische Präsidenten und Regierungen die entsprechenden Verträge unterzeichnen, ohne sie vor ihre Parlamente zu bringen, und dass sie sich dabei auch noch gegenseitig Konkurrenz machen, statt sich zusammenzutun. Denn nur gemeinsam könnten sie regionale Kriterien erarbeiten und die Investoren beispielsweise verpflichten, auch die örtliche Infrastruk-

tur zu verbessern und mindestens die Hälfte aller produzierten Nahrungsmittel auf den einheimischen Markt zu bringen.

Für die Investoren erweist sich die große Schwäche der afrikanischen Regierungssysteme als überaus nützlich. Gemeint ist die Tatsache, dass viele afrikanische Herrscher sich gegenüber ihrem eigenen Volk nicht verantworten müssen. Philippe Heilberg, der Chef von Jarch Capital, lässt es an Deutlichkeit nicht fehlen: „Wenn Nahrung knapp wird“, soll er einmal gesagt haben, „dann braucht der Investor einen schwachen Staat, der ihm keine Regeln aufzwingt.“<sup>13</sup>

Seit einiger Zeit versuchen Gruppen der afrikanischen Zivilgesellschaft, sich möglichst hörbar einzumischen. Viele haben sich im Netzwerk Copagen (Coalition for the Protection of African Genetic Heritage) zusammengeschlossen, einem Bündnis afrikanischer Gruppen, in dem Wissenschaftler und Bauernverbände sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die afrikanischen Bauern weiterhin ihr eigenes Saatgut verwenden und die Ernährungssouveränität ihrer Länder aufrechterhalten können.

Im Oktober 2009 haben 27 zivilgesellschaftliche Organisationen aus ganz Afrika einen offenen Brief unterzeichnet. Darin fordern sie die afrikanischen Führungen auf, ihre Unterstützung für die Landkäufe sowie für andere Formen der industriellen Landwirtschaft einzustellen, und erklären, dass auch die „Alliance for a Green Revolution“ eine Gefahr für die afrikanischen Kleinbauern darstelle. Bislang gibt es freilich keinerlei Anzeichen dafür, dass die politischen Führer Afrikas sich derartige Aufrufe zu Herzen nehmen.

## WAS AFRIKA WIRKLICH BRÄUCHTE

Auf dem Welternährungsgipfel im November letzten Jahres präsentierte die Welternährungsorganisation FAO ein Papier mit dem Titel: „Foreign Direct Investment – win-win or land grab?“ Darin heißt es, dass die FAO, die Unctad (UN-Organisation für Handels- und Entwicklungsfragen), der Internatio-

nale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (Ifad) und die Weltbank gemeinsam einen „freiwilligen Verhaltenskodex“ ausarbeiten, der für „internationalen Investitionsabkommen“ gelten solle. Mithilfe solcher Richtlinien könne man „verantwortliche Agrarinvestitionen fördern, die allen Beteiligten zugutekommen würden“.

Solche freiwilligen Standards und Richtlinien, die womöglich ein sozial verantwortliches Verhalten von Kapitaleignern fördern könnten, sind allerdings das Letzte, was Afrika braucht. So sieht es jedenfalls der Unternehmensrechtler Joel Bakan, der darauf verweist, dass Kapitalgesellschaften dazu da sind, „die Interessen ihrer Unternehmen und ihrer Aktionäre vorrangig zu behandeln“. Das Gesetz untersagt ihnen, „sich gesellschaftlich verantwortlich zu verhalten, jedenfalls im strikten Sinne“.<sup>14</sup>

Afrika braucht etwas ganz anderes und zwar dringend, nämlich eine breit angelegte Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft: durch Mikrokredite für die örtlichen verarbeitenden Firmen; durch den Bau von Straßen, um den Produkten den Marktzugang zu erleichtern; durch die Ausbildung in bäuerlichen Anbaumethoden, um die Biodiversität zu bewahren; durch einen Stopp der Einfuhr von Dumpingprodukten, die den lokalen Produzenten das Wasser abgraben, und durch verbesserte Vorratshaltung und Weiterverarbeitung, die den Absatz der bäuerlichen Erzeugnisse auf den lokalen Märkten erleichtern könnten. Solche Investitionen kämen den afrikanischen Bauern und der Vermarktung ihrer eigenen Produkte zugute, so sähen Investitionen aus, die bei den einzelnen Bauern ansetzen und eine nachhaltige Entwicklung bewirken würden.

Neue Denkansätze sind vonnöten, die das globale Finanzsystem ebenso infrage stellen wie den dummen Glauben, ausgerechnet das System, das uns die Klima-, die Nahrungsmittel- und die Finanzkrise beschert hat, könne den Weg aus diesen Krisen weisen. Der kanadische Schriftsteller Ronald

Wright beschreibt es so: „Der große Irrtum des Monetarismus besteht in der Annahme, dass die Welt unbegrenzt und endloses Wachstum möglich sei. Außer Acht gelassen werden dabei die Kosten für Mensch und Umwelt sowie die Grenzen, die irgendwann erreicht sind. Deregulierungen sind genau das, was sie zu sein beanspruchen: eine Aufforderung, sich möglichst schnell und möglichst umfassend selbst zu bedienen.“<sup>15</sup>

Genau das passiert derzeit auf dem afrikanischen Kontinent, wenn sich ausländische Investoren das Land, die Wasservorräte und die überlebensnotwendige Biodiversität der afrikanischen Fauna und Flora unter den Nagel reißen. Als Folgen des hemmungslosen land grabbing drohen Umweltkatastrophen, politisch und sozial chaotische Verhältnisse und Hunger.

Anders als jeder aufrechte Weltbürger findet der Investor Philippe Heilberg diese Konsequenzen durchaus hinnehmbar und sogar gewinnträchtig. Er hat enge Verbindungen zu den US-Geheimdiensten und zu den Machtzentren in Washington. Anfang letzten Jahres machte er gegenüber der Financial Times die Voraussage, dass mehrere afrikanische Staaten in den nächsten Jahren zerfallen werden. Dennoch geht er davon aus, dass die rechtlichen und politischen Risiken, die er auf dem Kontinent eingehe, „reichlich belohnt“ werden. Würde Leopold II. von Belgien noch leben, wäre er bei solchen Geschäften ganz gewiss wieder dabei. ○

#### FUSSNOTEN

<sup>1</sup> „SIERRA LEONE OPEN FOR BUSINESS“, „AWOKO, FREETOWN (SIERRA LEONE), 23. NOVEMBER 2009.

<sup>2</sup> SIEHE [HTTP://TONYBLAIROFFICE.ORG/2009/11/TONY-BLAIR- PRAISES-SIERRA-LEON.HTML](http://tonyblairoffice.org/2009/11/tony-blair-praises-sierra-leon.html)

<sup>3</sup> SIEHE DAZU AUCH DIE INITIATIVE DER GRÜNEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG: [HTTP://WWW.BUNDESTAG.DE/PRESSE/HIB/2009\\_05/2009\\_124/03.HTML](http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_05/2009_124/03.html)

<sup>4</sup> SIEHE OLIVIER DE SCHUTTER (UN-SONDERBERICHT-ERSTATTER FÜR DAS „RIGHT TO FOOD“-PROGRAMM), „LARGE-SCALE LAND ACQUISITIONS AND LEASES: A SET OF CORE PRINCIPLES AND MEASURES TO ADDRESS THE HUMAN RIGHTS CHALLENGE“, [WWW.OHCHR.ORG](http://WWW.OHCHR.ORG).

<sup>5</sup> SIEHE JAVIER BLAS UND WILLIAM WALLIS, „U.S. INVESTOR BUYS SUDANESE WARLORD'S LAND“, „FINANCIAL TIMES VOM 9. JANUAR 2009.

<sup>6</sup> ASHA RAI, „THE CONSTANT GARDENER“, „THE TIMES OF INDIA, MUMBAI, 26. SEPTEMBER 2009.

<sup>7</sup> „ETHIOPIA IS GIVING AWAY 2,7 MILLION HECTARES“, „DAILY NATION, ADDIS-ABEBA, 15. SEPTEMBER 2009.

<sup>8</sup> NAOMI KLEIN, „DIE SCHOCK-STRATEGIE. DER AUFGANG DES KATASTROPHEN-KAPITALISMUS“, FRANKFURT AM MAIN (FISCHER) 2007.

<sup>9</sup> JOACHIM VON BRAUN UND RUTH SUSEELA MEINZENDICK, „'LAND GRABBING' BY FOREIGN INVESTORS IN DEVELOPING COUNTRIES: RISKS AND OPPORTUNITIES“, INTERNATIONAL FOOD POLICY RESEARCH INSTITUTE, WASHINGTON, DC, APRIL 2009. DIE INTERNATIONALE NGO GRAIN ([WWW.GRAIN.ORG](http://WWW.GRAIN.ORG)) DOKUMENTIERT DAS LAND GRABBING AUF EINER EIGENEN WEBSITE: [HTTP://FARMLANDGRAB.ORG](http://FARMLANDGRAB.ORG)

<sup>10</sup> MIGUEL A. ALTIERI, „AGROECOLOGY, SMALL FARMS, AND FOOD SOVEREIGNTY“, „MONTHLY REVIEW, NEW YORK, JULI/AUGUST 2009.

<sup>11</sup> „DAILY WEALTH, VANCOUVER, 4. OKTOBER 2009.

<sup>12</sup> SIEHE AGRICULTURE AT CROSSROAD: INTERNATIONAL AGRICULTURAL ASSESSMENT ON SCIENCE AND TECHNOLOGY FOR DEVELOPMENT (IAASTD).

<sup>13</sup> SIEHE HORAND KNAUP UND JULIANE VON MITTELSTÄDT, „DIE GROSSE JAGD NACH LAND“, IN: „DER SPIEGEL, 27. JULI 2009.

<sup>14</sup> JOEL BAKAN, „THE CORPORATION: THE PATHOLOGICAL PURSUIT OF PROFIT AND POWER“, TORONTO (PENGUIN) 2004.

<sup>15</sup> RONALD WRIGHT, „WHAT IS AMERICA? A SHORT HISTORY OF THE NEW WORLD ORDER“, TORONTO (ALFRED A. KNOPF) 2008.

<sup>16</sup> SIEHE „FINANCIAL TIMES, 9. JANUAR 2009. NACHZULESEN UNTER: [HTTP://TWF.ORG/NEWS/Y2009/O109-LAND.HTML](http://TWF.ORG/NEWS/Y2009/O109-LAND.HTML)

Die Kanadierin **JOAN BAXTER** ist Ethnologin und Journalistin und schreibt vor allem über Afrika, wo sie seit 26 Jahren lebt und arbeitet. Ihr jüngstes Buch: „Dust from our Eyes. An unblinkered look at Africa“ erschien 2008 (Wolsak and Wynn, Hamilton/Ontario). Dieser Text ist erstmalig erschienen in: Le Monde diplomatique Nr. 9089 vom 15. 1. 2010. Aus dem Englischen von **NIELS KADRITZKE**.



↑ BEI EINEM FELDBESUCH IN KOUROUMA BERICHTET EIN BAUER VON DER BESCHLAGNAHMUNG SEINES LANDES WEGEN NICHT GEZAHLTER WASSERGEBÜHREN | F: MAKOMBE

## ► KOMPLEXE REALITÄTEN

# Kleinbäuerliche Landwirtschaft unter vielfältigem Druck

21

## STICHWORTE ZUR DELEGATIONSREISE VON AFRIQUE-EUROPE-INTERACT INS OFFICE DU NIGER

Die Pläne waren hochfliegend, als Anfang März eine 30-köpfige Delegation des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact von der malischen Hauptstadt Bamako ins 270 Kilometer nordöstlich gelegene Office du Niger aufbrach – darunter auch 10 AktivistInnen aus Europa. Denn die Regierung des westafrikanischen Landes hat in dem äußerst fruchtbaren Niger-Binnendelta seit 2003 über 900.000 Hektar Acker- und Weideland an transnational operierende Banken, Investmentfonds und Konzerne verkauft. Entsprechend ist die Region immer wieder zum Schauplatz öffentlichkeits-

wirksamer Aktionen gegen Landgrabbing geworden, zuletzt im November 2011 anlässlich einer maßgeblich von der weltweiten Kleinbauernorganisation Via Campesina in Niono ausgerichteten Gegenkonferenz. Um so überraschender war es, dass unsere Delegation eine gänzlich andere Situation vorgefunden hat. In den Begegnungen und Versammlungen mit BasisgewerkschafterInnen, dörflichen RepräsentantInnen und zahlreichen Kleinbauern und -bäuerinnen ist Landgrabbing zwar auch zur Sprache gekommen, doch insgesamt entpuppten sich die Gespräche als ungleich komplexer, ja

nachdenklicher und behutsamer. Deutlich wurde auf diese Weise, dass neokolonialer Landraub lediglich ein weiterer Baustein im Prozess der langfristig angelegten Inwertsetzung und somit Einverleibung kleinbäuerlicher Landwirtschaft in den kapitalistischen Weltmarkt ist. Die derzeit beobachtbare Fokussierung auf Landgrabbing durch NGO, soziale Bewegungen, Medien und wissenschaftliche Akteure sollte daher keinesfalls, so unser Fazit, zu einer eindimensionalen Problemdefinition führen. Hierzu gehörte auch, dass wir im Zuge der Delegationsreise einige unserer im Vorfeld formulierten Ein-

schätzungen zur Stärke des aktuellen Widerstands gegen Landgrabbing deutlich relativieren mussten – jedenfalls was Mali bzw. Westafrika betrifft.

Es lohnt, mit einer knappen Darstellung jener Themenkreise zu beginnen, um die es sowohl im Office du Niger als auch bei den anschließenden Diskussionen in Bamako schwerpunktmäßig gegangen ist. Andernfalls dürfte unverständlich bleiben, inwiefern unsere Delegationsreise zu deutlich anderen Schlussfolgerungen gelangt ist als ursprünglich ins Auge gefasst.

### LANDKNAPPHEIT

Die kleinbäuerlichen Haushalte im Office du Niger profitieren zwar davon, dass ihr Land über ein riesiges, vom Niger gespeistes Kanalsystem bewässert wird, dennoch leiden viele von ihnen an extremer Landknappheit. Denn trotz permanenten Bevölkerungswachstums haben tausende Familien in den letzten Jahrzehnten keine zusätzlichen Ackerflächen seitens der

Verwaltung des Office du Niger erhalten – mit der Konsequenz, dass die durchschnittlichen Brachzeiten (zwecks Regeneration des Bodens) von 15 Jahren in den 1970er Jahren auf mittlerweile gerade mal 2 Jahre zusammengesmolzen und die Erträge pro Hektar dementsprechend zurückgegangen sind. Zusammen mit hohen Dünger-, Wasser- und Saatgutpreisen führt dies zu dramatischen, auch aus anderen Weltregionen hinlänglich bekannten Verschuldungsspiralen. Nicht selten müssen die betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen daher ihre komplette Reisernte verkaufen, um die eigene Versorgung mit kostengünstigerer Hirse zu gewährleisten – notfalls auch auf Basis zusätzlicher Kredite.

### MIKRO-LANDRAUB DURCH KORRUPTER VERWALTUNG

Die ohnehin prekären Bodenverhältnisse werden im Office du Niger zusätzlich dadurch verschärft, dass die Behörden Land entschädigungslos kon-

fiszieren können, sobald die NutzerInnen mit der Wasserrechnung in Verzug geraten sind. Dieser bei Bedarf auch mit Gewalt durchgesetzte Verwaltungsakt geschieht unabhängig davon, ob das Land seit 3, 10 oder 30 Jahren bestellt wurde. Ebenfalls keine Rolle spielen die Gründe des Zahlungsverzugs – ganz gleich, ob Schädlingsbefall aufgetreten ist oder die zentral gewarteten Abflusskanäle verstopft waren und die gesamte Reisernte im nicht abgeflossenen Wasser vergammelt ist. In solchen Fällen soll zwar eine paritätisch besetzte Kommission den Sachverhalt sorgfältig prüfen, die ausgesprochenen Empfehlungen werden allerdings nur selten eingehalten – ein Umstand, der nicht zuletzt auf den genuinen Charakter der Landbeschlagnahmen verweisen dürfte. Denn diese erfolgen keineswegs im Interesse des Allgemeinwohls, vielmehr reißen sich die BehördenmitarbeiterInnen das Land in hochgradig korrupter Manier selber unter den Nagel,



wahlweise für ihr persönliches Umfeld oder zur Weiterverpachtung an klientelistisch verbundene Parteifreunde, Geschäftspartner oder Regierungsbeamte. Kurzum: Die Kleinbauern und -bäuerinnen im Office du Niger sind in beachtlichem Ausmaß mit Mikro-Landgrabbing konfrontiert, weshalb die zuständige Verwaltung im Rahmen unserer Gespräche immer wieder als postkoloniales „Vampir-System“ tituliert wurde.

### **AGRARPOLITISCHE FEHLENTSCHEIDUNGEN**

Im Zuge diverser (IWF-)Strukturanpassungsprogramme wurde der mali-schen Regierung in den vergangenen 25 Jahren unter anderem auferlegt, die finanzielle Unterstützung des kleinbäuerlichen Sektors weitgehend einzustellen. Dies umfasste nicht nur die Subventionierung von Dünger oder die Gewährung von Garantiepreisen, letzteres insbesondere im Baumwollbereich. Auch die Beschäftigung von AgrarberaterInnen musste beendet werden – und das mit zum Teil aberwitzigen Effekten. So berichteten Bauern und Bäuerinnen, dass sie auf direkten Druck der Regierung dieses Jahr erstmalig Kartoffeln angebaut hätten, womit Ernteauffälle bei Hirse in anderen Landesteilen kompensiert werden sollten. Einziger Haken: Weder wurden Informationen darüber zur Verfügung gestellt, wie Kartoffeln zu ernten und zu lagern wären, noch hat das Agrarministerium eine geeignete Vertriebsstruktur aufgebaut. Folge war, dass im Frühjahr hunderte Kleinbauern und -bäuerinnen im Office du Niger auf ihren Kartoffeln sitzen geblieben sind – einschließlich zusätzlicher Verschuldung und somit drohendem Landverlust.

### **MIGRATION**

Wegen seines künstlichen Bewässerungssystems gilt das Office du Niger als eine vergleichsweise privilegierte Region in Mali. Und doch ist der Mangel an Land derart gravierend, dass Migration auch hier zu einem alltäglichen

Dauerbrenner geworden ist. Vor allem zweierlei scheint bemerkenswert: Zum einen wurde immer wieder betont, dass Migration zunächst einmal mit dem Wunsch zu tun habe, einen Beitrag zur Erfüllung der Grundbedürfnisse der eigenen Familie zu leisten, nicht jedoch – wie es häufig den Anschein hat – mit einer vermeintlich nachlassenden Bereitschaft zur bäuerlichen Lebensweise an sich. Entsprechend pointiert, ja süffisant merkte der Vertreter einer Basisgewerkschaft an, dass ein Bauer mit hinreichend großer Landfläche im Office du Niger sehr viel besser (über-)leben könne als „ein Migrant in Europa oder ein Staatsangestellter, der nicht klaut“ (vgl. das Interview mit Bakari Mamatou Traoré in dieser Broschüre). Zum anderen sprachen sich verschiedene – auch ältere – GesprächspartnerInnen dafür aus, die „Jungen“ ziehen zu lassen, jedenfalls so lange keine angemessenen Lebensperspektiven im Dorf bereitgestellt werden könnten. Hier begegnete uns einmal mehr jene Schicksalsergebenheit („lieber bei der Überfahrt umkommen, als im Elend leben“), die wir bereits im Laufe der Bamako-Dakar-Karawane Anfang 2011 als eine unter (west-)afrikanischen AktivistInnen äußerst umstrittene Haltung kennengelernt hatten.

Gewiss – keines der hier skizzierten Themen war überraschend. Überraschend war allerdings, dass der großflächige Ausverkauf fruchtbarer Acker- und Weideflächen im Office du Niger bei unseren Begegnungen keine oder lediglich eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Vordergründig schien dies damit zusammenzuhängen, dass in dem von uns besuchten Teil des Office du Niger Landgrabbing im XXL-Format weder stattfindet noch geplant ist. Eine Erklärung, an der jedoch im Rahmen der delegationsinternen Debatten rasch Zweifel aufkamen: Angesichts der allgegenwärtigen Landknappheit spreche wenig dafür, dass es den Bauern und Bäuerinnen tatsächlich egal wäre, wenn in ihrer mehr oder weniger unmittelbaren Umgebung riesige

Agrarflächen an (internationale) Investoren verhöckert würden – und somit jenes Produktionsmittel, das sie zum Überleben so dringend bräuchten. Die zentrale Frage müsse vielmehr lauten, so unsere Quintessenz, was die Bauern und Bäuerinnen im Office du Niger daran hindere, gegen die systematische Vorenthaltung von Land auf die Barrikaden zu gehen, zumal ja Widerstand gegen Landgrabbing keineswegs unbekannt sei, weder in Mali noch weltweit.

Konkrete Antworten erhielten wir darauf insbesondere von dem bereits zitierten Vertreter einer bäuerlichen Basisgewerkschaft – und das mit zweierlei Ausrichtung: Einerseits, dass die staatliche Autorität für viele Bauern und Bäuerinnen „wie ein König“ wirke, insbesondere für jene mit wenig Bildung. Andererseits, dass es im Office du Niger bereits zwischen 2005 und 2008 einen mittels massiver Repression erstickten Kampfzyklus gegen das Mikro-Landgrabbing der Behörden gegeben habe. Dadurch sei nicht nur der bäuerliche Widerstand sowie die Solidarität der Dörfer untereinander spürbar geschwächt worden. Vielmehr sei das auch der Grund dafür, weshalb viele Kleinbauern und -bäuerinnen Angst hätten, öffentlich gegen das durchaus als skandalös empfundene XXL-Landgrabbing im Office du Niger Stellung zu beziehen. Wie schwierig und widersprüchlich die Lage ist, hat sich zudem daran gezeigt, dass der in Europa allenthalben bekannte Via Campesina-Aktivist und Vorsitzende des Malischen Kleinbauernverbandes CNOP, Ibrahim Coulibaly, unseren GesprächspartnerInnen im Office du Niger nicht der geringste Begriff war. Deutlich wurde auf diese Weise, dass in Mali nicht nur die Bauern und Bäuerinnen, sondern auch institutionelle Akteure ressourcenmäßig auf eine für europäische Verhältnisse kaum vorstellbare Weise limitiert sind. Erwähnt sei nur, dass das einzige Büro von Via Campesina in Mali aus gerade mal anderthalb regulären Stellen besteht – und das in einem Land mit 10 Millionen Klein-

bauern und -bäuerinnen auf einer Fläche dreimal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland.

Kurzum: Aus dem Umstand, dass in Niono im November 2011 eine Via Campesina-Konferenz gegen Landgrabbing stattgefunden hat oder dass die BewohnerInnen des ebenfalls im Office du Niger gelegenen Dorfes Sadamandougou seit über 2 Jahren gegen die landgrabbingbedingte Zerstörung ihrer Karité-Bäume öffentlichkeitswirksam protestieren (um nur die zwei bekanntesten Beispiele zu nennen), sollte keinesfalls ein gleichsam vor der Tür stehender Bauernaufstand abgeleitet werden – zumindest so viel ist bei unserer Delegationsreise ummissverständlich deutlich geworden. Passender erscheint vielmehr, von einem ungleich längerfristigen Prozess auszugehen, womit ich bereits bei einigen

abschließenden Bemerkungen zu den konkreten Umständen unseres Besuches im Office du Niger angelangt wäre: Zu Beginn herrschte Skepsis, denn trotz einer Vorabdelegation aus Bamako wurde in den drei von uns besuchten Dörfern (Niono, Kourouma und Koyau Koura) gemunkelt, dass es sich bei uns um Parteifunktionäre handeln würde. Gebrochen war der Bann daher erst, nachdem wir ausgiebig die Felder besucht hatten, gilt dies doch für Funktionäre oder BesucherInnen aus Europa als absolut unübliche Praxis. Gleichwohl waren die unterschiedlichen Lebensrealitäten – gedacht als Spannungsbogen zwischen malischem Dorf, Bamako und westeuropäischer Metropole – kaum zu übersehen: Nicht nur bei den materiellen Differenzen, sondern auch anderweitig, etwa in Fragen des Geschlechterverhältnisses

oder sprachlich, da Bambara im Office du Niger als maßgebliche Verkehrssprache fungiert – so wie vielerorts in Mali. Vor diesem Hintergrund stand am Ende die Vereinbarung, dass der Kontakt zwischen Afrique-Europe-Interact und Office du Niger in erster Linie über AktivistInnen in Bamako weiterentwickeln wäre, während in Europa öffentlichkeitswirksamer Druck auf Investoren und andere NutznießerInnen des Landgrabblings ausgeübt werden sollte<sup>1</sup>. ○

<sup>1</sup>VERWIESEN SEI IN DIESEM ZUSAMMENHANG INSBESONDERE AUF EINE 24-STÜNDIGE, VON UNSEREM NETZWERK INITIIERTE BELAGERUNG DER DEUTSCHEN BANK IN BREMEN: VGL. WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

OLAF BERNAU, NoLager Bremen



## INFOBOX II

# Office du Niger

## ZWISCHEN KOLONIALEM BEWÄSSERUNGSPROJEKT, MONOPOLISTISCHEM STAATSBETRIEB UND KLEINBÄUERLICHER SELBSTBESTIMMUNG

Das Office du Niger ist ein Gravitationsbewässerungssystem, d.h. Wasser gelangt ausschließlich über Niveauunterschiede auf die Felder. Der Staudamm bei Markala (1947) hebt den Wasserspiegel des Niger um 5,5 Meter über den niedrigsten Wasserstand. Über einen Zuleitungskanal fließt Wasser aus dem Staubecken zur Schleuse A, wo es durch drei Hauptkanäle bzw. ehemalige Flussbetten des Niger in die Zonen des Office du Niger weitergeleitet wird. Weitere Schleusensysteme verteilen das Wasser in kleinere Verteilerkanäle.

Das Office du Niger mit Sitz in Segou wurde 1932 als halbstaatliche Gesellschaft von der französischen Kolonialverwaltung ins Leben gerufen. Ziel war es, innerhalb von 50 Jahren 960.000 Hektar Bewässerungsland zu gewinnen. Angebaut werden sollten vor allem Baumwolle, um die französische Textilindustrie zu stützen und Reis zur Ernährungssicherung. Dafür sollten bis zu 800.000 Arbeitskräfte im Projektgebiet angesiedelt werden. Zusätzlich sollte eine Transsahara-Eisenbahn von Abidjan nach Algier den Abtransport der Ernteprodukte sicherstellen, die allerdings nie realisiert wurde. Bereits in der Anfangsphase zeigte sich die Unzulänglichkeit der Planungen. Es mangelte an nötigen Arbeitskräften, da sich die sesshaften Ackerbauern und -bäuerinnen nicht freiwillig auf eine ungewisse Zukunft im Projektgebiet einlassen wollten. So wurden kurzerhand ArbeiterInnen aus der Umgebung und aus ganz Französisch-Westafrika zwangskrutiert. Im Jahr 1947 wurde schließ-

lich der Hauptdamm bei Markala fertig gestellt. Die Erwartungen der französischen Verwaltung konnten aber bei weitem nicht erfüllt werden. Die Investitionen für die bis dahin nur 25.000 Hektar bewässerten Felder waren enorm. Durch Mechanisierung der Anbaumethoden und Verpflichtung der angesiedelten LohnarbeiterInnen versuchte man die Kontrolle über die ArbeiterInnen noch zu erhöhen und die Produktion anzutreiben, doch dies misslang. Die koloniale Vision des „delta mort“ als Baumwolllieferant für die französische Textilindustrie und als Reisversorger für Westafrika musste ständig nach unten redimensioniert werden. Als Mali 1960 die Unabhängigkeit erlangte, wurden nur 35-40.000 Hektar bewässert, weniger als 5 Prozent der geplanten Fläche.

Nach der Unabhängigkeit Malis wurde das Office du Niger zum Staatsbetrieb und die Reisproduktion in Kollektiven nach sowjetischem Vorbild umorganisiert. Der Anbau von Baumwolle im Delta wurde aufgrund zu geringer Erträge aufgegeben, stattdessen kam Zuckerrohr hinzu. Unter der Militärdiktatur Traorés (1968-1991) konnten zwar einige Produktionsverbesserungen erreicht, aber die grundsätzlichen Probleme des Projekts nicht beseitigt werden. Die Erhöhung des Outputs stand in keinem Verhältnis zu den dafür notwendigen Kosten in dem zentralistischen und monopolistischen Großprojekt. Das Office du Niger war unrentabel, der gesunkene Preis für Reis deckte kaum noch die Produktionskosten, um 1980 kam

es zu einem Einbruch der Agrarproduktion.

In den 1980er Jahren wurde der Anbau diversifiziert, die Bauern und Bäuerinnen intensiv beraten und stärker beteiligt. So wurden ab 1984 ProduzentInnenvereinigungen eingerichtet, die eine stärkere Selbstbestimmung der Bauern und Bäuerinnen ermöglichen und ihre Position stärken sollten. Ab 1982 wurde das Office du Niger wieder zu einem Immigrationszentrum, die Reisernte konnte bis zum Jahr 1994 verdreifacht werden und die Einnahmen der Bauern und Bäuerinnen stiegen um 30 bis 70 Prozent. 1994 wurde das Office du Niger in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt und ist seither nur noch für das Management der Wasserzufuhr sowie den Unterhalt des Wassernetzes zuständig (nebst der Möglichkeit, Land zu konfiszieren). Die Kosten hierfür werden komplett aus den Wasserabgaben der ansässigen Bauern und Bäuerinnen gedeckt.

Heute leben im Office du Niger in 249 Dörfern 350.000 Menschen. Mindestens 1,5 Millionen könnten es sein – vorausgesetzt der malische Staat würde das Land nicht an Großinvestoren verkaufen, sondern systematisch für kleinbäuerliche Landwirtschaft erschließen. ○

Die Infobox wurde maßgeblich auf der Basis eines Aufsatzes von **MATHIAS BECKER** erstellt, der unter dem Titel „Alles für die Katz? Lehren aus der Entwicklungspolitik: Das Fallbeispiel Mali“ im Jahr 2009 erschienen ist.



↑ DIE EINZELNEN PARZELLEN WERDEN HÄUFIG KOLLEKTIV BEARBEITET – WIE HIER IM REISANBAU IN KOYAN KOURA | F: MAKOMBE

► INTERVIEW MIT BAKARI MAMATOU TRAORÉ

## „Die staatliche Autorität ist wie ein König“

ZWISCHEN REPRESSION, KORRUPTION UND EXISTENTIELLER NOT.  
EIN BASISGEWERKSCHAFTER ÜBER BÄUERLICHEN WIDERSTAND IM OFFICE DU NIGER

Während unserer Delegationsreise ins Office du Niger haben wir unter anderem das 40 Kilometer von Niono entfernte Dorf Kourouma besucht, das trotz aller Rückschläge über eine bereits längere Tradition in Landkämpfen und bäuerlicher Selbstorganisation verfügt. Insofern war es nicht ganz überraschend, dass eine Woche nach unserem Besuch Bakari Mamatou Traoré zusammen mit einem weiteren Vertreter aus Kourouma nach Bamako gekommen ist, um an einer zweitägigen Versammlung von Afrique-Europe-Interact teilzunehmen. Bakari Mamatou Traoré hat zunächst viele Jahre als Lehrer gearbeitet, konnte aber seine Familie mit dem niedrigen Gehalt von monatlich knapp 50 Euro nicht über

Wasser halten. Er hat sich deshalb bereits vor über 20 Jahren als Bauer in seinem Heimatdorf niedergelassen, wo er als Sekretär in einer von ihm mitgegründeten Bauerngewerkschaft aktiv ist. Das hier dokumentierte Gespräch wurde in Bamako geführt.

**Wir haben bei unserem Besuch im Office du Niger viel über Landgrabbing in kleinem Stil erfahren – also darüber, wie korrupte Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung des Office du Niger immer wieder den Bauern und Bäuerinnen ihr Land wegnehmen, meist weil diese mit der Wasserrechnung in Verzug geraten sind. Umgekehrt ist es kaum um großflä-**

**chiges Landgrabbing gegangen. War das Zufall oder sind die Bauern und Bäuerinnen so sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt, dass sie die großen Entwicklungen aus dem Blick verlieren?**

Doch, großflächiges Landgrabbing ist ein Thema, es gibt Leute, die sich darüber austauschen. Die meisten Bauern haben aber Angst, darüber zu reden. Früher sind Leute wegen kritischer Fragen aus der Bauerngewerkschaft rausgeflogen, beispielsweise als im Jahr 2004 über 4.800 Bauern von ihrem Land vertrieben wurden und die Söhne und Töchter der korrupten Gewerkschaftsekretäre als Dank für ihr Still-

halten einen Job in der Verwaltung des Office du Niger erhalten haben.

**Aber wer hat denn die ganzen Appelle gegen Landgrabbing in Mali bzw. Afrika verabschiedet? Welche Rolle spielen Leute wie Ibrahim Coulibaly darin?**

Den kenne ich nicht...

**Wirklich? Ibrahim Coulibaly ist Präsident des Nationalen Bauernverbandes CNOP und zudem bekannter Aktivist von Via Campesina – zumindest in Europa ist er in einschlägigen Kreisen bestens bekannt.**

Nein, den kennen wir nicht. Das CNOP-Büro ist in Bamako. Es gibt auch einen Ableger von ihnen im Office du Niger – aber wir haben nichts speziell mit ihnen zu tun. Es gibt einige Organisationen oder NGO, die sagen, dass sie im Namen der Bauern reden und die vielleicht ein Büro haben, aber die sind auf dem Land nicht verankert.

**Das ist jetzt eine echte Überraschung...**

...im Office du Niger gibt es sechs Zonen und ich kenne in jeder Zone Leute. Falls es eine Widerstandsbewegung gibt, kriegen wir das mit – über unser lokales Radio, was das Hauptkommunikationsmittel ist.

**Du hast erzählt, dass ihr sowohl in einer Genossenschaft als auch in einer Gewerkschaft organisiert seid. Was heißt das konkret, wo liegen die Unterschiede?**

Die Genossenschaft ist ein wirtschaftlicher Zusammenschluss von Bauern, um leichter mit der Bank beim Kauf von Dünger oder Saatgut verhandeln zu können. Bei der Gewerkschaft ist es so, dass wir eine neue gegründet haben, weil wir 2004 aus der alten Gewerkschaft rausgeflogen sind. Hier geht es darum, politische Forderungen zu stellen. Aktuell haben wir 2.000 Hektar für einige unserer Mitglieder gefordert.

**Wie artikuliert ihr eure Forderungen: Mit Briefen oder macht ihr auch so etwas wie Protestmärsche?**

Nein, wir machen keine spezielle Aktionen. Da gibt es den ganz normalen Weg, das heißt in der Verwaltung des Office du Niger die Hierarchie nach oben klettern. Auch wenn wir keine 2.000 Hektar bekommen, 1.500 Hektar werden bestimmt rausspringen.

**Das klingt defensiv. Gibt es denn Angst, mehr zu fordern? Zum Beispiel, dass ihr Land im noch nicht-bewässerten Teil des Office du Niger erhalten solltet, also dort, wo derzeit**

**die großen Flächen an internationale Fonds verkauft werden?**

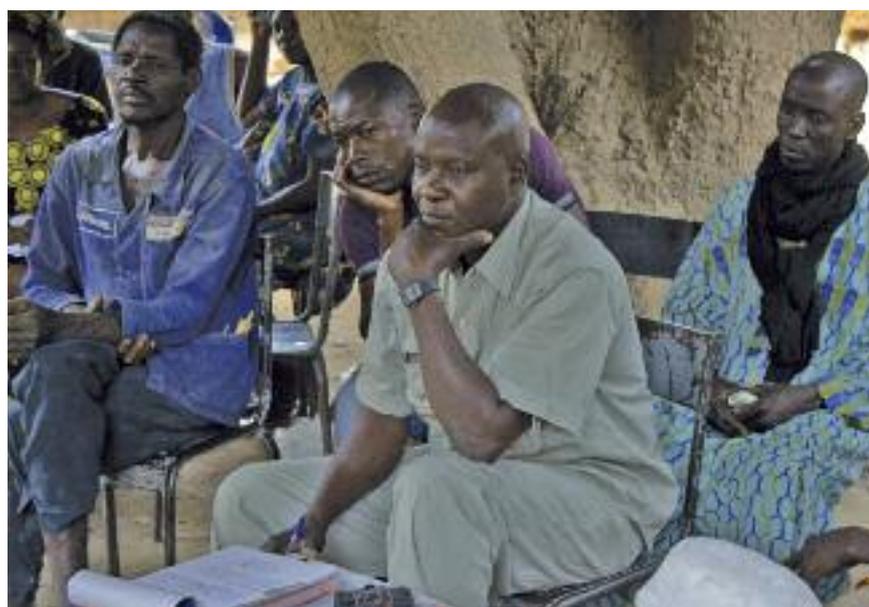
Kein Bauer würde je das Land verlangen, das den Multis versprochen wurde. Bei ihnen ist die Angst vor der Reaktion der Autoritäten sehr weit verbreitet, vor allem bei denen mit wenig oder gar keiner Schulbildung. Denn die staatliche Autorität ist wie ein König. Das hat viel mit Geld zu tun. Die Multis können mit Banken verhandeln. Die Bauern, die einen Kredit wollen, haben jedoch wenig Verhandlungsmacht. Sie müssen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückzahlen, ansonsten wird ihnen ihr Land abgenommen. Die Angst ist daher, von einem Kreditinstitut schlecht bewertet zu werden. Theoretisch könnte jeder Bauer ein Stück des noch nicht erschlossenen Landes im Office du Niger pachten. Aber Fakt ist, dass dort nur Multis oder Angehörige der Regierungspartei bzw. der Behörden Land pachten, das heißt jene, die genug Geld haben, um das Land mit Kanälen selber zu erschließen.

**Bedeutet das, dass die staatlichen Stellen keinen oder nur einen geringen Beitrag zur Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur aus kleinen und großen Kanälen leisten?**

Ja, die Ernährungssicherheit im Office du Niger ist die letzte Sorge, die die Regierung umtreibt. Es gibt genug Land, aber es wird an Investoren verkauft, anstatt es den Bauern zu geben. Es fließt viel Geld, aber nicht, um die kleinen Bauern zu unterstützen. Es gibt zum Beispiel ein von der UN gefördertes Erschließungsprogramm, aber davon gibt es in unserem Dorf lediglich eine Werbetafel. Das Geld haben sie stattdessen in den Neubau der Straße nach Tomboktu und in den Ausbau des Flughafen Bamako gesteckt.

**Wir haben gehört, dass ein Bauernaktivist vor einigen Jahren ermordet wurde. Wisst ihr davon?**

Ja, ein Bauer wurde auf seinem Feld ermordet. Zunächst wurde sein Sohn angeklagt, der ist jetzt aber wieder



↑ BAKARI MAMATOU TRAORÉ WÄHREND EINER VERSAMMLUNG IN KOUROUMA | F: MAKOMBE

frei. Es gab das Gerücht, dass er Material zur Korruption im Office du Niger veröffentlichen wollte. Aber es konnte nie bewiesen werden, und auch ist nie rausgekommen, wer ihn umgebracht hat.

**Heißt das, dass so etwas wie Menschenrechtsbeobachtung hilfreich sein könnte, um die Bauern und Bäuerinnen zu schützen? Oder würden diese nur sagen, das bringt doch eh nichts, ihr seid weit weg und könnt ohnehin kaum etwas ändern?**

Auf jeden Fall, es ist schon jetzt spürbar, dass wir Besuch hatten. Für uns ist es am wichtigsten, das Land zu bekommen. Mit der Zeit werden die Bauern auch wieder kämpfen, da bin ich optimistisch. Aber man kann nicht einen Baum pflanzen und erwarten, dass er schon am nächsten Tag Schatten wirft.

**Wie wurde unser Besuch insgesamt aufgenommen?**

Das war eine große Überraschung. Es hat im Vorfeld viele Fragen gegeben: Gehört eure Delegation zu einer politischen Partei und wenn ja, zu welcher? Die Skepsis war groß. Aber als ihr auf die Felder gegangen seid und Kartoffeln angeguckt habt, war klar, dass ihr keine partei- und wahlpolitischen Interessen habt. Denn das gab es noch nie im Office du Niger, dass Leute aus Europa kommen und sich mit Leuten zusammensetzen und über ihre Probleme reden. Gut, die eine Bauerngewerkschaft CNOP, die sind schon mal mit zwei Leuten aus Frankreich unterwegs gewesen. Solche Leute gehen dann aber nicht auf die Felder. Dass eine ganze Gruppe von Aktivisten auf die Felder geht, das haben wir noch nie erlebt.

**Die Bauern haben in den Gesprächen immer wieder über die hohen Düngerpreise geklagt, wird eigentlich auch organischer Dünger benützt, der zudem besser für die Umwelt ist?**

Das Office du Niger hat zwar Agronomen angestellt. Aber die wissen auch nicht viel. Sie kommen in Versammlungen und reden vom organischen Dünger, zum Beispiel von einer Mischung aus Reisstroh und Mineraldünger, erklären aber nicht, wie das gehen soll. Das Office arbeitet also gegen eine gute Entwicklung in der Landwirtschaft, unter anderem, weil es mit Düngerhändlern kooperiert.

**Kann nicht der Mist der unzähligen Kühe genutzt werden?**

Doch, aber wir müssen dafür bezahlen. Es gibt ein Tauschgeschäft zwischen Bauern und Viehzüchtern: Reis gegen Mist. Aber das reicht nicht.

**Warum?**

Die Bauern haben zwei Kulturen pro Jahr. Nach der ersten Ernte gehen die Viehherden auf die abgeweideten Felder. Aber wenn die neue Kultur wächst, dann gehen die Herden weiter weg. Nur die, die einen Trecker haben, holen sich noch den Mist. Aber auch die kriegen nicht genug zusammen, das reicht lediglich für die Gärten. Gleichzeitig gibt es eine Monopolstellung im Düngerhandel. Denn es gibt nur eine einzige Phosphatfabrik in Mali, und da wird gemunkelt, dass sie aus dem familiären Umfeld des Präsidenten kommt. Insgesamt kriegen die Bauern im Vergleich zu den Produktionskosten einfach zu wenig Geld für ihre Erzeugnisse.

**Wie sieht es mit Saatgut aus. Die malischen Bauern haben sich 2006 erfolgreich gegen die Einführung von gentechnisch manipulierter Baumwolle gewehrt. Habt ihr euch an den damaligen Protesten beteiligt?**

Ja, die Petition ist auch hier in der Region zirkuliert – auch wenn hier keine Baumwollbauern sind. Aber aus Soli-



darität haben wir mitgemacht. Denn es hieß, dass als nächstes der Reis dran wäre, wenn wir die genmanipulierte Baumwolle nicht verhindern.

**Wer hat das organisiert – steht ihr noch im Kontakt?**

Die Hauptorganisatorin war eine nationale Bauerngewerkschaft. Aber der Kontakt ist danach nicht weitergegangen. Wie schon gesagt, es gibt zwar viele Organisationen, die kommen aber nie zu uns aufs Land. Und auch gibt es keinen Ort in Mali, wo die verschiedenen bäuerlichen Gruppen automatisch zusammenkommen würden.

**Ihr kauft euer Saatgut für Reis überwiegend bei Händlern ein. Gibt es auch Saatgutbörsen bzw. warum baut ihr das Saatgut nicht selber nach? Hintergrund unserer Frage ist, dass einige AktivistInnen aus der europäischen Sektion von Afrique-Europe-Interact am Aufbau selbstorganisierter Saatgutbörsen beteiligt sind.**

Das Saatgut eignet sich nur teilweise zum Nachbau, außerdem gibt es Schwierigkeiten bei der Lagerung. Aber wir würden gerne mehr Kartoffeln und Gemüse anbauen. Gutes Saatgut aus Europa, das würde uns gut gefallen, wobei uns oft das Wissen über die Herstellung von Saatgut sowie Möglichkeiten zur Lagerung fehlt.

**Gibt es in eurem Dorf MigrantInnen? Ist das ein Thema?**

Es gibt junge Bauern aus dem Dorf, die in die Migration gehen. Entweder, weil sie nie Land besessen oder, weil sie Land verloren haben. Oder, weil ihre Familien anwachsen, ohne mehr Land zu bekommen. Das Phänomen gibt es erst seit den 1990er Jahren. Früher gab es nur saisonale Migration innerhalb Afrikas. Um die Stadt kennenzulernen oder Kleider zu kaufen, dann aber wieder zurückzukommen. Aber in jüngerer Zeit wird auch die Migration nach Europa oder Asien wichtiger. Und leider gibt es auch Leute aus dem Dorf, die schon ums Leben gekommen sind.



↑ VOLLVERSAMMLUNG IN KOUROUMA | F: MAKOMBE

**Wie wird darüber gesprochen? Möchten die Familien ihre Kinder abhalten oder sind sie auf das Geld angewiesen, das womöglich irgendwann aus Europa nach Hause geschickt wird?**

Tendenziell heißt es, dass es besser sei, bei der Überfahrt umzukommen, als im Elend zu sterben. Die Familien betrachten es durch die Brille des Schicksals. Denn die, die es schaffen, überweisen Geld, damit die Eltern Land kaufen können. Auf diese Art profitieren auch andere.

**Handelt es sich um handfeste Not – oder geht es dabei auch um die Veränderung von Bedürfnissen unter den Jüngeren?**

Es ist die wirtschaftliche Not, und es hat mit Familienstrukturen zu tun. Das Land wird ja nicht mehr, aber die Familien größer...

**Machmal heißt es auch, dass die Leute nicht mehr in der Landwirtschaft arbeiten wollten, weil sie als rückständig gelte? Was denkt ihr dazu?**

Der Fall vom Office du Niger ist anders. Die Bedingungen mit der Kanalbewässerung sind einigermaßen gut. Man kann eigentlich alles bekommen, wenn man eine Existenz aufgebaut hat. Ein junger Mensch im Office du Niger kann besser leben als ein Migrant in Europa oder ein Staatsangestellter, der nicht

klaute. Wenn sie Boden richtig bestellen können, dann haben sie alle materiellen Bedingungen, um dazubleiben. Aber es ist oft so, dass das Office du Niger den Bauern Knüppel zwischen die Beine wirft.

**Wie ist es mit Maschinen oder Ochsen gespannen – gibt es hier ebenfalls Probleme?**

Viele haben aus ökonomischen Gründen ihre Tiere verkauft, deshalb fehlen oftmals Ochsen zum Pflügen. Noch interessanter sind aber Einachsmotoren für 3.000.000 CFA (ca. 4.600 Euro – die Redaktion). Denn damit kann man pflügen, eggen, transportieren oder eine Mühle antreiben. Manche haben sich dafür verschuldet, während andere, die gute Beziehungen haben, direkt vom Office du Niger subventioniert wurden.

**Wir haben jetzt viele Fragen gestellt, war das ok?**

Das ist völlig normal! Es gab im Dorf auch die Erwartung, dass wir uns mit euch nochmal treffen. Hierzu gehört auch das Vertrauen, dass wir eure Fragen im Sinne des Dorfes beantworten würden. ○

Interview: **DORETTE FÜHRER, JOOST HINNEN** und **OLAF BERNAU**



↑ BAUERN UND BÄUERINNEN AUS KOUROUMA BERICHTEN VON LANDRAUB DURCH DIE VERWALTUNG DES OFFICE DE NIGER | F: MAKOMBE

► INTERVIEW MIT DÖRFLICHEN REPRÄSENTANTINNEN

# „Bewegungsfreiheit ist eine Devise, die mir viel Kraft gibt“

## EIN GESPRÄCH ÜBER HUNGER, KLIMAWANDEL UND MIGRATION IN KONOBOUGOU

30

Die Umweltorganisation APEGA (Verein für den Anbau und die Nutzung von Gummi-Arabicum) ist Mitglied der malsischen Sektion von Afrique-Europe-Interact und unterstützt vor allem die Selbstorganisation von Frauen im ländlichen Bereich. Anlässlich unserer Kampagne „11 x 1.000 Euro: Umverteilung praktisch angehen!“ hat APEGA im Namen des 100 Kilometer nordöstlich von Bamako gelegenen Dorfes Konobougou 1.000 Euro für den Kauf einer elektrischen Getreidemühle erhalten. Übergeben wurde die Mühle während unserer Delegationsreise im Februar/März 2012, was uns nicht nur ein beeindruckendes

Dorffest beschert, sondern auch die Chance gegeben hat, das hier dokumentierte Interview mit einer Aktivistin von APEGA sowie zwei RepräsentantInnen des Dorfes zu führen. Aufschlussreich war dabei vor allem der Vergleich zum Office du Niger. Denn während dort der Kampf um künstlich bewässertes Land das zentrale Konfliktfeld darstellt (inklusive Landgrabbing), kennt Konobougou derlei Problematiken nicht. Hier ist vielmehr der Umstand wesentlich, dass das Dorf überwiegend von der dreimonatigen Regenzeit zwischen Mai und Juli abhängig und daher sehr viel stärker von den Auswirkungen des Klimawandels

betroffen ist als Dörfer im Office du Niger.

### Was sind im Moment die drängendsten Probleme in Konobougou?

**Fatou Dicko\*:** Viele Junge aus dem Dorf gehen in die Migration. Es gibt gute und schlechte Jahre, es gibt Jahre, in denen der Regen ergiebig ist, aber in schlechten Jahren entschließen sich die jungen Leute wegzugehen, weil sie auf der Suche nach Arbeit sind, um ihre Familie unterstützen zu können. Denn im Dorf herrscht Hunger, die meisten ernähren sich lediglich von Hirse und Baobab-Soße.



↑ AKTIVISTINEN VON AFRIQUE-EUROPE-INTERACT BEI EINER VOLLVERSAMMLUNG MIT BEVÖLKERUNG IN KOYAN KOURA | F: MAKOMBE

**Könnt ihr beschreiben, wie es bei euch zu Hunger kommt?**

**Assetou Massantié Sangaré (APEGA):** Das Leben in Dörfern wie Konobougou ist sehr hart. Denn die Leute haben keine Beschäftigungsmöglichkeiten, von denen sie gut leben könnten. Außer dem Ackerbau während der Regenzeit gibt es nur noch den Anbau von Gemüse. Doch das ist eine sehr schwierige Angelegenheit. Denn die Brunnen sind tief und es ist äußerst anstrengend, aus dem tiefen Brunnen Wasser hochzuziehen. Und auch fehlt es oft an Saatgut, beispielsweise für Zwiebeln und Tomaten.

**Fatou Dicko:** Ja, wenn wir uns entwickeln könnten, wenn es möglich wäre, etwas bei uns aufzubauen, was ein Auskommen bietet, dann wären die jungen Leute auch nicht mehr gezwungen, in die Migration zu gehen. Es ist, wie Assetou schon gesagt hat: Wenn sie Gemüse allein in Handarbeit anbauen müssen, dann schaffen sie es nicht, mehr als einen Hektar zu bewirtschaften. Wenn sie Pumpen hätten, dann könnten mehrere Hektar

bepflanzt werden. Dann könnten die jungen Leute gemeinsam den Brunnen nutzen und so den Ertrag steigern. Jetzt aber gehen die jungen Leute nach der Regenzeit weg. Und wenn sie erstmal in der Stadt sind, wollen sie häufig nicht mehr zurückkommen. Das ist sehr schwer, auch weil sie dann als Arbeitskräfte fehlen. Es gibt deshalb auch Zerwürfnisse in den Familien, weil der Ehemann die Frau beschuldigt, schuld am Weggang der Kinder zu sein.

**Verkauft ihr auch landwirtschaftliche Erzeugnisse?**

**Fatou Dicko:** Das Gemüse wird vor allem selber gegessen, aber ein Teil wird auch verkauft, denn es gibt sonst keine anderen Einnahmequellen, um an Geld zu kommen, beispielsweise für den Schulbesuch oder Gesundheitsversorgung. Dieses Jahr war die Ernte aber sehr schlecht, eigentlich waren die beiden letzten Ernten schon schlecht, und das führt dazu, dass wir nichts mehr verkaufen konnten, sondern eher dazukaufen mussten.

**Gibt es bei Euch Konflikte um Land?**

**Assetou Massantié Sangaré:** Dort, wo die Leute auf Regenfeldwirtschaft angewiesen sind, ist die Situation anders als im Office du Niger, wo es Kanalsysteme für die künstliche Bewässerung gibt. Hier ist das dringlichste Problem, überhaupt genug anbauen zu können.

**Das ist ein gutes Stichwort: Arbeitet ihr eigentlich mit organischem Dünger – und in welchem Ausmaß müsst ihr Saatgut dazukaufen?**

**Mammadou Kéita\*:** Manche benutzen organischen Dünger mit Kuhmist. Denn Kunstdünger ist für die meisten zu teuer. Eigentlich machen das nur Leute, die Baumwolle anbauen, die müssen dafür aber Kredite aufnehmen. Und diese Kredite müssen sie nach der Ernte wieder zurückzahlen. Saatgut ist eigentlich kein Problem, weil immer ein Teil der Ernte als Saatgut für die nächste Saison zurückgehalten wird. Problematisch wird es erst, wenn die Ernte schlecht ist und alles aufgegessen wurde.

**In welchem Ausmaß ist der Klimawandel in Konobougou bereits spürbar?**

**Fatou Dicko:** Sehr! Wie schon gesagt, war die Ernte in diesem Jahr eine Katastrophe. Der Regen hat plötzlich aufgehört, deshalb verliert auch der Boden seine Fruchtbarkeit. In Folge der schlechten Ernte haben 20 junge Leute das Land verlassen.

**Assetou Massantié Sangaré:** Das ist der Grund, weshalb unsere Organisation Baumsatzlinge vom Gummibaum an die Dorfbewohnerinnen weitergibt. Denn der Gummibaum hält den Boden fruchtbar, und das hilft im Kampf gegen die Bodenerosion. Der Zuspruch war sehr groß, die Bäuerinnen haben nach neuen Baumsaaten und Setzlingen gefragt, auch um es in anderen Dörfern zu verbreiten. Und natürlich hoffen wir, dass durch Aufforstung das Klima positiv beeinflusst wird, auch damit es wieder mehr regnen wird.

**Heißt das also, dass sich insgesamt die objektiven Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verschlechtert haben?**

**Assetou Massantié Sangaré:** Ja klar! Wir müssen uns nur die Preise für Reis angucken: Bis vor kurzem gab es für 165 CFA einen Kilo, jetzt kostet der Reis 500 bis 600 CFA (ca. 1 Euro). Die Hirse hat 40 bis 60 CFA pro Kilo gekostet, und kostet jetzt 250 CFA. Für Bohnen ist der Kilopreis sogar bei 500 oder 600 CFA. Und in der Tat verschlechtern sich die Bedingungen durch den Klimawandel. Wenn ich 10 oder 15 Jahre zurückschaue, dann hat es zum Beispiel in der Regenzeit mehrere Male oder den ganzen Tag geregnet. Und jetzt ist es nur noch ein oder zweimal pro Tag. In einem Dorf in der Nähe von Niore hat es während der letzten Regenzeit sogar 15 Tage nicht geregnet. Das ist gravierend, ich frage mich wirklich, wie Dörfer außerhalb der Bewässerungszone des Office du Niger überhaupt noch ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.

**Wir möchten nochmal genauer zur Migration nachfragen: Spielen auch Veränderungen bei den Konsumbedürfnissen eine Rolle, und kann es sein, dass die Leute nicht mehr bereit sind, die ganz harten Bedingungen auf dem Land in Kauf zu nehmen?**

**Fatou Dicko:** Wenn eine Frau ein Kind zur Welt bringt und Probleme auftauchen, dann muss sie auf Eselskarren eine lange Strecke bis zur nächsten Krankenstation transportiert werden, das aber kann für das Kind oder die Mutter tödliche Folgen haben. Es gibt Kinder mit aufgedunsenen Bäuchern, mit Krankheiten, die nicht behandelt werden können. Ein junger Mensch, der sensibel ist und sich seine Gedanken macht, der will daher natürlich in die Migration, um ein Krankenhaus zu ermöglichen. Denn die Regierung weiß, wie es läuft, aber sie macht keinen Finger krumm, um daran etwas zu ändern.

**Wie wird denn im Dorf über diese Fragen gesprochen, auch über die Risiken der irregulären Migration?**

**Fatou Dicko:** In unseren Gesprächen sind wir weder dafür noch dagegen. Wenn wir unseren Kindern keine Möglichkeiten geben können, sich zu entwickeln, dann müssen sie gehen. Aber natürlich gibt es zahlreiche negative Seiten der Migration: Zum Beispiel, wenn junge Frauen in die Migration gehen und schwanger zurückkommen oder Krankheiten haben, oder wie bei ihm, wenn der Sohn geht und man alles alleine machen muss.

**Assetou Massantié Sangaré:** Ich selber möchte nicht in die Migration gehen, ich möchte lieber unter Schwestern und Brüdern sein. Aber ich bin weder für noch gegen die Migration. Ich bin für Bewegungsfreiheit. Dieses Wort hat mich sehr berührt. Es ist eine Devise, die mir viel Kraft gibt!

**Mammadou Kéita:** Viele derjenigen, die weggehen, gehen nicht gerne weg. Aber sie gehen weg, weil ihnen nichts anderes übrig bleibt. Wenn sie bislang nichts anderes gemacht haben als Acker- oder Gemüseanbau, dann müs-

sen sie weggehen, wenn der Regen ausbleibt. Und wir sehen auch, dass die, die gehen, etwas in ihr Dorf zurückbringen können. Ich möchte ein konkretes Beispiel geben: Im Moment ist es so, dass nur wenige Familien über Pflugochsen verfügen. Die Ochsen, die es gibt, gehören einzelnen Leuten. Wenn Leute einen Ochsen mitnutzen wollen, müssen sie ihn für viel Geld anmieten. Das führt dazu, dass viele verschuldet sind. Deshalb versuchen Leute, einen eigenen Ochsen durch Migration zu bekommen.

**Vorher sagte jemand von euch, dass dein Bruder und dein Sohn in die Migration nach Europa gegangen sind. Weißt du, was mit ihnen ist?**

**Mammadou Kéita:** Mein Bruder ist momentan in Italien. Aber mein Sohn ist auch weggegangen, und ich weiß nicht, wo er steckt. Mein Bruder schickt manchmal Geld aus Italien, aber beim Telefonieren sagt er oft: ich muss viel durchmachen, das Leben ist sehr hart – tut alles, damit nicht die Kinder auch weggehen. Was meinen Sohn betrifft, wollte ich nicht, dass er geht, ich war nicht glücklich darüber. Aber welche Möglichkeiten gibt es sonst, wenn er zu Hause nicht kriegt, was er braucht. Bislang habe ich keine Nachricht von meinem Sohn bekommen. Ich warte seitdem. Er ist mein erstes Kind und mein erster Sohn. In Afrika heißt es, dass der erste Sohn die rechte Hand des Vaters ist. Darum nennen wir den ersten Sohn „tschi“ - das bedeutet „derjenige, der im Haus alle schwere Arbeiten machen muss“. Wenn er nicht mehr da ist, was sollen die Eltern dann tun?

**Das tut uns sehr leid, wir hoffen sehr, dass ihr euch wieder findet!** ☺

Interview: **DORETTE FÜHRER, JOOST HINNEN** und **OLAF BERNAU**. Bei den mit Sternchen\* gekennzeichneten Namen der **INTERVIEWPARTNER** handelt es sich um Aliasnamen.



↑ AKTIVISTINNEN VON AFRIQUE-EUROPE-INTERACT IM GESPRÄCH – LINKS: DJORI TRAORÉ | F: MAKOMBE

## ► INTERVIEW MIT DJORI TRAORÉ

# „Schritt für Schritt, aber nicht auf einen Schlag“

## EIN GESPRÄCH ÜBER FORTSCHRITT, SOLIDARITÄT UND GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE AUF DEM LAND

*Djori Traoré ist bei der ADEM (Verein zur Verteidigung der malischen MigrantInnen) in Bamako aktiv, die unter anderem eine wöchentliche Radiosendung macht und MigrantInnen, Abgeschobene und Angehörige berät – darunter Frauen, deren männliche Verwandten in der Migration verschwunden sind. Sie ist in einem Dorf 100 Kilometer westlich von Bamako aufgewachsen, hat danach als Angestellte in einem französischen Haushalt gearbeitet und sodann eine Ausbildung zur Verwaltungsfachkraft absolviert. An der Reise ins Office du Niger hat sie als eine von zwei Delegierten der ADEM teilgenommen, die ebenfalls*

*Mitglied von Afrique-Europe-Interact ist und im Rahmen der Kampagne „11 x 1.000 Euro: Umverteilung praktisch an-gehen!“ Geld für die Einrichtung eines neuen Büros erhalten hat.*

**Was sind aus deiner Sicht die ausschlaggebenden Gründe für Migration und Landflucht? Wir fragen, weil es ja bei unseren Gesprächen mit den Bauern und Bäuerinnen im Office du Niger immer wieder um genau diese Frage gegangen ist.**

Einer der Hauptgründe ist, dass der Regen nicht ausreichend ist und die Leute deshalb gezwungen sind zu ge-

hen. Hinzu kommt, dass viele Familien zu groß für das knappe Land sind und dass deshalb die Jüngeren etwas neues suchen müssen. Es gibt aber auch familiäre Probleme, zum Beispiel durch die Polygamie. Diese ist zwar akzeptiert, weil die Religion die Verheiratung mit vier Frauen erlaubt. Aber oft schaffen es die Männer nicht, ihre Frauen gleich bzw. gerecht zu behandeln. Dann kommt es vor, dass eine der Frauen die Familie zusammen mit ihren Kindern verlässt.

**Spielen auch Wünsche nach einem weniger entbehrungsreichen Leben eine Rolle, wie es immer wieder in Europa zu hören ist?**

Ja, es ist nicht nur die Not. Die Leute hören, dass es in Europa einfacher ist, und die Leute wollen halt immer das Bessere für sich. Nehmt nur das Beispiel der Getreidemühlen: Lange haben die Frauen alles mit der Hand zerstampft. Jetzt, wo sie wissen, dass es Mühlen gibt, haben sie angefangen, sich zu beschweren – auch wenn sich einige der Alten weigern, gemahlene statt gestampfte Hirse zu essen. Allerdings zerstört die Einführung der Mühle nicht die dörflichen Strukturen. Sie ist genauso eine große Erleichterung wie gebohrte Brunnen mit Pumpen.

**Was sind denn aus deiner Sicht schlechte Erneuerungen?**

Das mit dem Fernsehen ist ein gutes Beispiel. Wenn es einen Fernseher gibt, dann gucken alle. Dann gibt es weniger Zeit für die Besprechung von Problemen. Und wenn Kinder westliche Kleidung im TV sehen, dann wollen sie auch solche tragen.

**Bei unseren Dorfbesuchen im Office du Niger ging es mehrfach um die Frage der Solidarität. Wie würdest du das einschätzen?**

Die Leute haben ein Problem untereinander. Denn es kann nicht sein, dass die Leute nicht solidarisch sind, wenn dem Nachbarn Land weggenommen wird. Das Office du Niger spielt die Leute gegeneinander aus – nach dem Motto „teile und herrsche“. Und selbst, wenn es einen Vermittler gibt, schlägt der sich auf die Seite der Behörden, weil er mit Land belohnt wird. Wenn man die Mittel hätte, wäre es gut, wenn es juristische Beratung gäbe, denn die Leute kennen ihre Rechte nicht.

**Kannst du einige Beispiele nennen?**

Wenn die Wasserrechnung nicht gezahlt wird, wird das Land einem Reichen gegeben, und dann werden die Bauern auf ihrem früheren Feld als Arbeiter angestellt, weil ihnen nichts anderes übrig bleibt. Oder die Abflusskanäle sind schlecht bestellt, so dass das Wasser nicht abfließt und die gesamte Ernte vergammelt, auch dann kommen sie und nehmen dir das Feld ab.

**Es ist offensichtlich, dass auf den Dörfern zum Teil ganz andere Vorstellungen bezüglich des Verhältnisses zwischen Männern und Frauen bestehen als in Bamako oder bei uns in Europa. Ist das in deinen Augen ein Problem für die Zusammenarbeit?**

Ich bin mir sicher, dass die Zusammenarbeit eine Verbesserung der Situation zwischen Männern und Frauen bringen wird. Normalerweise dürfen Frauen nicht an Dorfversammlungen teilnehmen. Aber in unserem Fall haben sie verstanden, dass wir auch mit den Frauen sprechen wollen und dass wir auch für die Verbesserung ihrer Situation da sind. Die Männer werden auf diese Weise begreifen, dass sie die Frauen zu ihrer eigenen Weiterentwicklung brauchen.

**Manche befürchten, dass es dadurch zu schwierigen Konflikten im Dorf kommen könnte. Teilst du diese Sorge?**

Nein, diese Gefahr gibt es nicht. Entscheidend bei unserem Besuch ist gewesen, dass das Treffen, bei dem auch die Frauen dabei sein sollten, für das gemeinsame Wohl des Dorfes war. Das heißt aber nicht, dass dies an den altergebrachten Rollen im Haushalt etwas ändern würde. Die Frauen werden deshalb auch nicht abrupt neue Forderungen stellen. Denn man kann nicht alles auf einmal ändern. Man sollte ins Gespräch kommen, Schritt für Schritt, aber nicht auf einen Schlag.

**Dies passt zu unserer letzten Frage: Ist es in deinen Augen möglich, als Externe bzw. Gäste die bis heute weit verbreitete Beschneidung zu thematisieren?**

Man hat in den Dörfern angefangen, darüber zu reden. Aber reden und etwas zu ändern, ist ein Unterschied. Ich gehe davon aus, dass sich die Praxis noch lange nicht ändern wird. Trotzdem denke ich, dass es gut ist, wenn Europäer darüber mit ihnen sprechen. Denn sie werden ohnehin schon angesprochen. Das ist nichts neues. Das ist nicht schlecht, wenn wir erklären, was das für Frauen bedeutet. Nicht alle werden das verstehen, aber ein paar schon, es ist also gut zu sensibilisieren. ○



↑ IN DEN KANÄLEN DES OFFICE DU NIGER WERDEN UNTER ANDEREM WÄSCHE UND GESCHIRR GEWASCHEN | F: MAKOMBE

Interview: **DORETTE FÜHRER, JOOST HINNEN** und **OLAF BERNAU**



↑ AFRIQUE-EUROPE-INTERACT BEI VOLLVERSAMMLUNG MIT BEVÖLKERUNG IN KOUROUMA | F: MAKOMBE

► INTERVIEW MIT SILVAIN SAWADOGO

# „Was wir brauchen, ist eine Agrarreform“

## ALLTAG IM OFFICE DU NIGER: EIN GESPRÄCH ÜBER VERSCHULDUNG, EXISTENIELLE GRUNDBEDÜRFNISSE UND MIGRATION

*Der AEI-Aktivist Silvain Sawadogo wurde 1978 im Office du Niger geboren – als drittes von neun Geschwistern. Er hat ein Studium der Verwaltung absolviert, danach hat er versucht, im Hotelwesen, in der Kleinkunst und als Touristenführer Fuß zu fassen – wegen des stark rückgängigen Tourismus allerdings ohne Erfolg. An der Delegation hat er sich beteiligt, weil er das Office du Niger aus der eigenen Biografie gut kennt und einen Beitrag zur Verbesserung der dortigen Verhältnisse leisten möchte. Während der Reise haben wir kurz in seinem Heimatort angehalten, wo seine Eltern mit einigen der jüngeren Geschwister leben und Reis sowie Gemüse anbauen. Zur Überraschung einiger europäischer AktivistInnen hat unsere Delegation als Gastgeschenk einen 50-Kilo-Sack Kartoffeln erhalten, der anschließend unter*

*allen Delegationsmitgliedern aufgeteilt wurde.*

### **Wie würdest du das Leben der Bauern und Bäuerinnen im Office du Niger grundsätzlich charakterisieren?**

Ihr Leben ist katastrophal und erbärmlich. Die Bevölkerung ist zwar sehr tatkräftig, aber sie arbeitet, ohne dass etwas rauskommt. Wenn du alles bezahlt hast, was du für den Anbau brauchst, ist am Ende des Jahres kaum noch etwas übrig. Wenn du noch etwas hast, verkaufst du deinen Reis, um Hirse zu kaufen, da der Preis für Reis höher als für Hirse ist. Vielleicht schaffst du es, mit der Hirse bis zur nächsten Ernte durchzukommen. Aber auch das ist nicht immer der Fall. Es kann sogar sein, dass du einen Kredit aufnehmen musst, um Hirse zu kaufen,

was umgekehrt bedeutet, dass du mit deinem Reis lediglich deine Schulden begleichen kannst. Entsprechend leiden viele Kinder im Office du Niger an Mangelernährung.

### **Was müsste sich ändern, damit die Situation für die Bauern und Bäuerinnen erträglicher wird?**

Wenn jemand zehn Jahre das eigene Feld bearbeitet hat, darf es nicht mehr weggenommen werden, nur weil die Wasserrechnung nicht oder nicht vollständig gezahlt werden konnte. Dafür müssen die Wassergebühren runtergehen, und Frauen, die Gemüse anbauen, sollten gar keine Gebühren zahlen. Zudem sollte der Dünger stärker subventioniert werden. Was wir aber vor allem brauchen, ist eine Agrarreform: Wenn jemand 20 oder 50 Hek-



↑ SILVAIN SAWADOGO WÄHREND DER DELEGATIONSREISE | F: MAKOMBE

tar hat, dann muss er etwas von seinem Land abgeben. Und ein Funktionär, der im Büro sitzt, sollte gar keine großen Flächen erhalten, der hat ja schon sein Einkommen. Er sollte maximal einen Hektar bekommen.

#### **Was heißt das konkret?**

Für mich ist es wichtig, dass Flächen aufgeteilt werden. Es sollte nicht möglich sein, dass jemand 100 Hektar erhält, von 100.000 Hektar wie bei den Multis ganz zu schweigen. Das einzige Vernünftige ist, dass Land verteilt wird. Wenn man schaut, wer diese Leute sind, die sich 100, 500 oder mehr Hektar unter den Nagel reißen, dann sind das oft Minister oder Funktionäre. Aber wir füttern die eh schon durch: Wir zahlen ihre Autos, ihren Luxus, jetzt wollen sie auch noch unser Land, anstatt zu gucken, dass es viele Menschen gibt, die ein halbwegs würdiges Leben in Mali führen wollen. Es geht nicht an, dass durch ein Telefongespräch zwischen Ministerium und Office du Niger große Flächen einfach Leuten zugeteilt werden, die nicht im Office du Niger als Bauern und Bäuerinnen leben.

#### **Du hast von Land, Wasser und Saatgut gesprochen. Sollte es auch Maschinen geben?**

Es wäre ein Fortschritt, die Handarbeit durch einfache Maschinen zu ersetzen. Unter diesen Bedingungen würden Bauern ein gutes Auskommen finden. Dafür sollte der Staat das Geld vorstrecken, und der Bauer sollte es ohne

Zinsen abzahlen können. Wenn die Regierung endlich mit dem Vampir-System aufhört, hat die Bevölkerung eine Chance zu überleben.

#### **Spielt Migration im Office du Niger eine große Rolle?**

Grundsätzlich ist es ähnlich wie in anderen Regionen. Ausnahme ist die Region von Kayes, wo Migration schon viel früher eingesetzt hat. Hier hat sie erst 1994 begonnen. Denn wenn man dort, wo man geboren ist, halbwegs gut leben kann, geht man nicht weg.

#### **Ist denn die Bereitschaft, auf dem Land zu leben, unter Jüngeren zurückgegangen?**

Ich kann nicht an Stelle der Jungen reden. Aber es ist schon so, dass viele junge Leute ein Stück Land wollen, und wenn sie es hätten, dann würden sie es auch bearbeiten. Der eigentliche Grund für Migration ist, dass sie zu wenig Geld haben, um ein gutes Leben zu führen. Deshalb sind auch Arbeitsmöglichkeiten mit geregelter Lohn wie bei Straßenbauprojekten so wichtig. Denn wer nur Land besitzt, kann sich vieles nicht leisten.

#### **Aber ist es nicht so, dass zu einem guten Leben inzwischen auch der Besitz eines Handy oder Mopeds gehört – und dass daher das Interesse an Migration gewachsen ist.**

Das Moped oder Handy sind lediglich eine Notwendigkeit, aber das ist nicht die erste Sorge, die Jugendliche umtreibt. Die primäre Sorge ist, die Familie zu unterstützen. Der Lebensstandard ist nicht so wichtig. Der Jugendliche kann sich kein Moped kaufen, wenn die Familie noch Wasserschulden hat.

#### **Die jungen Männer würden also gerne Land haben, besitzen aber kein eigenes und arbeiten stattdessen bei den Eltern mit – haben wir das richtig verstanden?**

Ja, in der Regel ist es so, dass das Land dem Vater gehört. Dieser würde seinem Sohn zwar gerne etwas vom Acker abgeben, aber das geht nicht, weil er sonst am Ende die Rechnung

nicht bezahlen kann. Der Sohn muss den Vater daher um Geld anbetteln, um mit Freunden mal einen Tee trinken zu können. Aber der Vater muss oft nein sagen, weil das Geld dafür nicht da ist. Und dann sagt sich der Sohn halt, dass er auswandert, um die Familie zu unterstützen.

#### **Als EuropäerInnen würden wir gerne nochmal besser verstehen, was das primäre Erschwernis ist. Denn für uns sind ja viele Dinge wie Elektrizität, Wasser, Kanalisation oder ausreichendes Essen völlig normal.**

In erster Linie geht es darum, genug zu essen, eine gute medizinische Versorgung und richtige Kleidung zu haben. Um sich einigermaßen wohl in der eigenen Haut zu fühlen, bedarf es dieser drei Dinge. Demgegenüber ist Strom nicht so wichtig.

#### **Wie oft und was wird denn gegessen?**

Dreimal am Tag, aber ohne jeden Nährwert. Morgens gibt es Brei ohne Zucker. Danach werden Reste der Reisernte gemahlen, das, was weggeschält wurde, das ist dann auch eine Art Brei. Als Soße gibt es Blätter vom Baobab-Baum. Manchmal gibt es auch Fisch, aber der hat keine gute Qualität.

#### **Wenn du von deiner Familie ausgehst, hast du dann das Gefühl, dass deine Forderungen in absehbarer Zeit umgesetzt werden könnten – vor allem wenn man bedenkt, dass Widerstand oft mit Repression beantwortet wird, wie viele Bauern und Bäuerinnen in den letzten Tagen erzählt haben?**

Es gibt ein Sprichwort: Wenn du willst, dass dir die Leute helfen, einen Löwen zu töten, musst du dir den Kopf des Löwen nehmen. Sie können einige Leute wegsperrern, aber nicht die ganze Bevölkerung. Ich glaube nicht, dass wir Gewalt anwenden müssen, es gibt ganz andere Möglichkeiten, deinen Feind dazu zu bringen, Vernunft anzunehmen. ○

Interview: **DORETTE FÜHRER**,  
**JOOST HINNEN** und **OLAF BERNAU**



↑ DEMO EINER ORGANISATION VON VERTRIEBENEN STADT- UND LANDBEWÖHNERINNEN IN BAMAKO | F. M. SCHMITT

## ► INTERVIEW MIT VERTRIEBENEN

# „Die Städte gehören nicht nur den Reichen“

37

## GESPRÄCH MIT SALIF NIARÉ UND AMADOU BARCLEY ÜBER WIDERSTANDSSTRATEGIEN DER UNION DER VERTRIEBENEN IN BAMAKO

Die „Union der Degurepis“ (UACDDDD) ist Mitglied der malischen Sektion von *Afrique-Europe-Interact*. Salif Niaré ist Beauftragter für Organisatorisches in der „Union des Déguerpis“, während Amadou Barclay Sprecher und Mitglied des Büros der Jugendbewegung sowie des Zentralbüros der „Union“ ist (daneben gibt es noch das Büro der Weisen und der Frauen). Das Gespräch fand in Bamako nach der Delegationsreise ins Office du Niger statt, an der auch Amadou Barclay beteiligt war. Im Übrigen hat die Union im Rahmen unserer gemeinsamen Kampagne „11 x 1.000 Euro: Umverteilung praktisch angehen!“ 1.000

Euro für die Anschaffung einer Lautsprecheranlage erhalten.

### Wer sind die Leute, die in der Union des Déguerpis organisiert sind?

Wir sind eine Vereinigung der Opfer der Häuserabrisse, der Vertreibungen, der Ungerechtigkeiten. Wir haben erkannt, dass es nichts bringt, wenn jeder Verein [der Betroffenen] nur sein eigenes Ding macht, darum haben wir uns zusammengeschlossen, denn Einigkeit bedeutet Stärke.

### Wann habt ihr angefangen, euch zu organisieren?

Vor mehr als 10 Jahren. Auf der anderen Flussseite [des Niger in Bamako] gibt es die Viertel Namens Niamakoro und Sabalibougou. Die Leute aus der Flughafenzone aus dem 240 Meter Streifen von von Niamakoro haben sich als erste zusammengefunden, danach haben sie einen Appell für einen Zusammenschluss gestartet und all die anderen sind nach und nach dazugekommen. So wurde die „Union des Déguerpis“ ins Leben gerufen. Zwei Probleme bildeten den Ausgang in Niamakoro: Erstens die Zerstörungen im Einzugsbereich des Flughafens. In der Flughafenzone haben sie alles kaputt



↑ DORFBEWohnerinnen aus der Organisation der Deguerpis bei Demo in Bamako | F. M. Schmitt

gemacht, um den Grund an andere Personen zu vergeben. Viele Familien waren davon betroffen. Und zweitens die Umsiedlungen aufgrund der Parzellierung des Viertels. Denn viele Leute hatten ohne offizielle Bebauungspläne gebaut und später wurden neue Durchgangsstraßen durch das Viertel gezogen. Deshalb sollten einige Leute Ersatzunterkünfte bekommen, doch die wurden ihnen vorenthalten. Wenn man dir dein Haus wegnimmt, dann müsstest du normalerweise einen angemessenen Ersatz bekommen. Aber die Leute haben ihre Häuser verloren, ohne entschädigt zu werden. Am Carrefour de Niamakoro warten noch 58 Familien, die aus ihren Häusern geräumt wurden, auf ihre Entschädigung. Für die Flughafenzone verlangen wir, dass dieses Gebiet den Vertriebenen zur Verfügung gestellt werden muss,

die seit Jahren auf Entschädigung warten.

#### **Wer profitiert von den Vertreibungen und Häuserabrissen?**

Reiche Leute, die sich den Grund kaufen. Für uns in der „Union“ ist klar: Bei den Räumungen geht es nicht um Projekte zum Nutzen der Allgemeinheit. Sie reißen Häuser ab und anschließend verkaufen sie den Grund an jemand anders. Häufig sind es kommunale Abgeordnete und Bürgermeister, die Häuser abreißen lassen und den Grund weiterverkaufen. Sie agieren in Komplizenschaft mit den übergeordneten Behörden.

#### **Wem haben die Grundstücke zuvor gehört?**

Das Land hat zuvor den Dorfchefs auf der Grundlage von Wohnheitsrecht gehört. So war es bereits während der

Kolonialzeit. Es ist wichtig, das Wohnheitsrecht zu respektieren, aber sie übergehen das Wohnheitsrecht. Normalerweise, wenn man ein Stück Land benötigt, um darauf zu bauen, muss man den Chefs als Gegenleistung einen Ablass entrichten, aber das tun sie nicht. Seit alten Zeiten läuft es so: Wenn man in ein Dorf kommt, um sich dort niederzulassen, bringt man dem Dorfchef Kolanüsse und er weist dir einen Platz zu, wo du dein Haus bauen kannst. So wurden die Dörfer errichtet und so wurden auch die Stadtviertel errichtet.

#### **Wer sind die BodenspekulantInnen?**

Das sind viele, häufig sind Immobilienmakler daran beteiligt oder reiche Privatpersonen. Sie bekommen von der Stadtverwaltung den Auftrag, den Grund zu verkaufen.

### Welche Teile der Bevölkerung sind hauptsächlich betroffen?

Die Armen, die das Land nach Gewohnheitsrecht erworben haben. Ihre Häuser werden zerstört, um den Grund an Reiche zu verkaufen. Viele leben schon lange, seit den 50er oder 60er Jahren, in Bamako. Sie haben damals den Grund von den Dorfcheads zugesprochen bekommen. Nach Gewohnheitsrecht musstest du kein Geld für ein Grundstück bezahlen, du musstest nur Kolanüsse zum Chef bringen und er hat dir den Grund gezeigt, auf dem du dich niederlassen konntest. Mit der Zeit wurde das Viertel ziemlich voll, die Stadtverwaltung ist gekommen, um Straßen zu ziehen, und den Leuten wurde Ersatz versprochen, falls ihre Häuser dem Straßenbau zu Opfer fallen. Wenn nun beispielsweise 25 Hektar für Entschädigungen vorgesehen sind, wendet sich eine reiche Person an den Bürgermeister und kauft sich von ihm eine Parzelle. Eine einzige Person nimmt ein Stück von 2 Hektar von einer Fläche in Beschlag, die eigentlich als Entschädigung für 2000 Menschen gedacht war. Und die Käufer sichern sich ihren Anspruch mit offiziellen Grundbesitztiteln, während die anderen leer ausgehen.

### Wie habt ihr eure Organisation gegründet? Was sind eure Ziele?

Wir haben uns aus 114 Vereinen zur „Union des Déguerpis“ zusammengeslossen. Wir haben Leute in Bamako, in Segou, in Niono, überall in Mali. Wir haben beschlossen, uns gemeinsam zu erheben und unsere Rechte einzufordern. Wenn ich mich alleine dagegen wehre, dass man mir mein Haus wegnimmt, schickt der Bürgermeister die Polizei, sie nehmen mich mit und sperren mich ein. Aber wenn wir uns zusammentun, wenn die Polizei kommt und sieht, dass 100 Leute dastehen, um den Abriss zu verhindern, sieht es ganz anders aus. Können sie dann einfach abreißen? Nein, sie werden wieder fahren. Darum haben wir die „Union“ gegründet, wir erheben uns zusammen und wir schreien zusammen. Des weiteren fordern wir, dass

man uns das Land zurückgibt, das man uns weggenommen hat. Und die Freilassung unserer Gefangenen. Und es geht auch gegen die schlechten BürgermeisterInnen: Sie müssen abhauen. Die schlechten GouverneurInnen müssen abhauen. Und auch die ImmobilienmaklerInnen. Und die schlechten RichterInnen. Und auch die schlechten PlanungstechnikerInnen. Denn wenn diese einen Nutzungsplan erstellen, teilen sie reichen Leuten ein Grundstück zu, obwohl schon Leute darauf wohnen. Und es geht auch um unbebaute Flächen, die für die Leute aus dem Stadtviertel da sind, wo sie ihre Beerdigungen feiern oder ihre Hochzeiten. Sogar Fußballplätze, die von den Jugendlichen genutzt werden, haben sie verkauft. Und Märkte und Grünflächen. Oder manche Friedhöfe, wie den in Yirimadio, haben sie verkauft. In der Nähe des Flusses haben Gemüsezüchterinnen ihre Felder, die Stadtverwaltung hat diesen Grund in Beschlag genommen, um ihn weiterzuverkaufen. Denn am Fluss haben sich einige Reiche mit Besitztiteln niedergelassen. Wir fordern dagegen, dass das Land an die Dorfcheads zurückübergeben werden muss. Auch im Umkreis des „Stadions 26. März“ haben wir Aktive, denen im Rahmen von Bauarbeiten für das Stadion Grundstücke und Häuser weggenommen wurden,

ohne sie zu entschädigen. Darüber hinaus manipulieren Planungstechniker und kommunale Abgeordnete die Flächennutzungspläne: In Bankoni wurde aus einer Fläche von 13 Grundstücken 14 Grundstücke gemacht, um das 14. Grundstück weiterzuverkaufen.

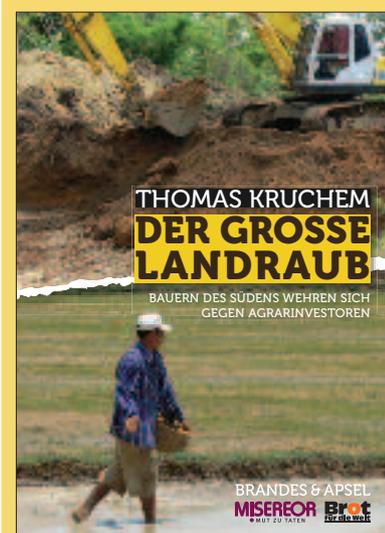
### Was sind die Mittel eures Kampfes, welche Aktionen macht ihr, um eure Rechte einzufordern?

Wir machen Pressekonferenzen. Wir haben uns 2011 mit dem Netzwerk „No Vox“ an der Karawane zum Weltsozialforum in Dakar beteiligt. Und wir machen Versammlungen, damit die Leute verstehen, wie sie ihr Recht bekommen können. Und Diskussionsveranstaltungen, Sit Ins und Demonstrationen. Wir unterstützen auch einzelne Fälle von Betroffenen vor Gericht. Der Kampf auf juristischer Ebene gehört für uns dazu, wir haben AnwältInnen, die für die „Union“ arbeiten. Wir beschäftigen uns sowohl mit den allgemeinen Fragen als auch mit den individuellen Fällen unserer Mitglieder.

### Leistet ihr auch direkten Widerstand gegen Räumungen und Abrisse?

Ja, das machen wir auch. Zum Beispiel, wenn jemand in ungerechtfertigter Weise ein Grundstück von der Stadtverwaltung gekauft hat und dann der

#### ANZEIGE



Thomas Kruchem

### Der große Landraub

Bauern des Südens wehren sich gegen Agrarinvestoren

144 S., Pb., € 12,90  
ISBN 978-3-86099-890-8

Der Reporter Thomas Kruchem hat betroffene Bauern in Uganda, Kambodsche, Argentinien, den Philippinen und Äthiopien besucht und ihre verzweifelte Gegenwehr erlebt. In den eindringlichen Reportagen befragte er auch Investoren, Politiker und Experten zu den Folgen des »land grabbing«.

Bautrupp anrückt, dann versuchen wir, sie daran zu hindern, Fakten zu schaffen. Wir versuchen, sie davon zu überzeugen, nicht mit den Bauarbeiten zu beginnen, aber ohne Gewalt. Wir gehen mit vielen Leuten zusammen auf das Grundstück, wir versuchen, ihnen klar zu machen, dass sie nicht einfach anfangen können, zu bauen, bis auf höherer Ebene über die Flächennutzung entschieden wurde. Wenn nun die KäuferInnen sehen, dass wir uns ihnen mit 100 oder 200 Leuten entgegenstellen, werden sie sehen, dass sie ein Problem haben und wieder abziehen. Manche, die es nicht verstehen wollen, schicken auch die Polizei gegen uns, damit sie uns festnehmen. Oft haben wir auch die Bauarbeiter verjagt. Dann kann es passieren, dass sie die Polizei holen und unsere Leute für 3 Tage oder länger im Polizeigewahrsam landen. So läuft es, denn die Reichen können sich oft auf die Komplizenschaft der Behörden verlassen. Wenn es zum Beispiel irgendwo ein Problem gibt, dann alarmieren wir alle unsere Leute in jedem Stadtviertel per Telefon. Jeder Verein schickt 10 Leute. Wir haben insgesamt 114 Vereine – wie viele Leute ergibt das zusammen? Das sind viele. Wir gehen hin und erklären: Ihr könnt hier nicht bauen, das Grundstück gehört einem unserer Mitglieder.

**Was sind eure Erfahrungen mit Repression und Gewalt durch die Gegenseite?**

Wenn wir das Beispiel von Samana Dougou nehmen: Am Anfang wurden 24 Leute verhaftet, 10 davon sind immer noch seit über 6 Monaten im Gefängnis. Eine der Forderungen unserer Demonstration am letzten Dienstag war die Freilassung unserer Gefangenen. Sie sind noch nicht wieder draußen, aber die Behörden haben uns zugesagt, dass sie innerhalb eines Monats freigelassen werden. Aber für uns ist es dringend, dass sie sofort frei kommen. Denn unter den Gefangenen sind alte Leute, sogar Dorfcheads haben sie verhaftet. Sie haben über 80 Jahre alte Leute verhaftet. Und schwangere Frauen wurden von den PolizistInnen so sehr geschlagen, dass sie einen Abgang hatten. Und es gab auch schon Leute, die gestorben sind.(...) Am 15. November 2009 haben sie Issa Diarra, einen unserer Aktivisten ermordet. Die „Union“ fordert, dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird. Aber bis heute wurde der Mörder von Issa Diarra nicht verhaftet. Er trinkt gemütlich in Freiheit seinen Tee. Issa Diarra wurde ermordet, weil er um sein Land gekämpft hat. Zuerst wurde behauptet, er wurde von einem Verrückten umgebracht, dann hieß es, der Mörder wäre im Gefängnis, aber das stimmt nicht. Er ist bis heute auf freiem Fuß. Hinter dem Mord stecken Leute aus der Stadtver-

waltung in Komplizenschaft mit BodenspekulantInnen.

**Welche Form der Solidarität erwartet ihr im Rahmen unseres transnationalen Netzwerks?**

Wir wollen, dass wir zusammenstehen und zusammen kämpfen. Und wir wollen Unterstützung für unsere Mitglieder, die wenig Geld haben und versuchen, ihren Fall vor Gericht durchzukämpfen. Wir arbeiten auch mit dem internationalen Netzwerk „No Vox“ - sie haben Gruppen in Frankreich, in China, in Burkina Faso, in Senegal... Wenn wir hier eine Demonstration machen, gehen sie gleichzeitig in ihren Ländern vor die malischen Botschaften und schreien dort. Und das wollen wir auch vom „Afrique Europe Interact“-Netzwerk: Wenn wir schreien, müssen die Gruppen von „Interact“ mit uns gemeinsam vor den malischen Botschaften schreien. Wir werden euch schreiben, wenn wir etwas vorhaben, zum Beispiel eine Demo oder ein Sit In, für das wir eure Unterstützung brauchen. Und wir wollen auch, dass ihr uns schreibt, was ihr vorhabt, damit wir unsererseits das auch unterstützen können. So wollen wir im „Afrique Europe Interact“- Netzwerk im Sinne eines gemeinsamen Kampfes zusammenarbeiten. ☉

Interview: **HANS-GEORG EBERL**,  
Afrique-Europe-Interact Wien





↑ BUS DER AEI-DELEGATION IM OFFICE DU NIGER | F: MAKOMBE

## ► INTERVIEW MIT FASSERY TRAORÉ

# „Es gibt keine Hierarchie“

41

## FASSERY TRAORÉ ÜBER DIE KÄMPFE DER VERTRIEBENEN IN BAMAKO ALS VORBILD FÜR DEN BÄUERLICHEN WIDERSTAND IM OFFICE DU NIGER

*Fassery Traoré ist Aktivist bei Afrique-Europe-Interact. Als ehemaliger Minenarbeiter kämpft er bis heute für die Entschädigung der Arbeiter, die im Jahr 2005 nach einem Streik in der Goldmine Morila willkürlich entlassen wurden. Danach hat er mit der MSV (Bewegung der Stimmlosen) die ArbeiterInnen der Ölmühle Huicoma unterstützt, die im Juni 2006 nach einer für das Unternehmen äußerst lukrativ verlaufenen Privatisierung ebenfalls willkürlich auf die Straße gesetzt wurden. Außerdem hat er mit der MSV den Startschuss zur Vernetzung der Déguerpis in Bamako gegeben, also jener Menschen, die aus*

*ihren Häusern bzw. von ihren Grundstücken vertrieben wurden – meist ohne jede Entschädigung (vgl. S. 22). Das Gespräch haben wir in Bamako nach der Rückkehr von unserer Delegationsreise ins Office du Niger geführt, an der auch Fassery Traoré beteiligt war.*

**Du siehst große Parallelen zwischen den Kämpfen der Déguerpis und dem beginnenden Widerstand gegen Landgrabbing. Kannst du erzählen, wie ihr anfangs zur Koordinierung der Degerpui beigetragen habt?**

2008 haben wir im Anschluss an eine Demo gegen gestiegene Lebensmittel-

preise begonnen, als MSV in die Quartiere zu gehen und mit einzelnen Déguerpis-Kollektiven Aktionen zu machen. Hieraus ist die Initiative entstanden, die verschiedenen Kollektive zusammenzubringen, was am Ende in die Gründung der „Union“ der Déguerpis eingemündet ist, wobei wir die Registrierung der Union als Verein organisiert haben.

**Wie ist es überhaupt gelungen, in einer unübersichtlichen Millionenstadt wie Bamako tausende Déguerpis unter einen Hut zu kriegen?**

Die Stärke der Déguerpis-Bewegung ist, dass es sich um einen fundamentalen Kampf handelt, in den Tausende involviert sind. Die Beteiligten sind direkt betroffen, sie haben direktes Interesse, weil sie kein Haus mehr haben, was deine Lebensqualität sehr direkt angreift. Das heißt, sie sind alle Opfer der gleichen Situation. Es gibt keine Hierarchie. Nicht Leute haben das sagen, die nicht betroffen sind. Stattdessen verständigen sich Opfer mit anderen Opfern. Es geht nicht um finanzielle Interessen, sondern um schnelle Koordinierung. Alle, die dabei sind, zahlen einen kleinen Mitgliederbeitrag, die Degerpui-Bewegung ist zu einer Art Familie geworden, vielen fehlt etwas, wenn sie nicht zur Versammlung kommen. All dies könnte für die Organisation der Bauern im Office du Niger zum Vorbild werden, zumindest sehen wir die Chance, eine Kontinuitätslinie von den Kämpfen der Déguerpis bis zum Widerstand im Office du Niger herzustellen. Dabei ist klar, dass es sich um einen schwierigen Kampf handelt, es sollte daher auch nicht um schnelle Aktionen gehen, sondern eher um etwas, das tiefer greift.

#### **Wo aber liegen die Gemeinsamkeiten zwischen städtischen Kämpfen und Kämpfen auf dem Land**

In den Diskussionen mit den Bauern im Office du Niger habe ich das gleiche gehört, was ich auch aus meinem Kampf in der Goldmine oder aus den Diskussionen der Déguerpis kenne. Nämlich, dass die Betroffenen nicht den Mut haben, sich direkt gegen die Autoritäten aufzulehnen (vgl. das Interview „Die staatliche Autorität ist wie ein König“ – die Red.). Als MSV ist unser Selbstverständnis, den Stimmlosen eine Stimme zu geben, und das wollen wir jetzt auch mit den Bauern im Office du Niger probieren. Ein erster Schritt könnte sein, eine Pressekonferenz zu organisieren, bei der die Bauern ihre Forderungen nicht direkt an die Autoritäten richten, sondern an die Presse. Im Übrigen gab es für die Bauern im Office du Niger schon mal einen Augenblick des Stolzes – nämlich als zwei von ihnen, die ebenfalls von Landraub betroffen waren, als Abgeordnete ins nationale Parlament gewählt wurden, obwohl sie kaum schreiben und lesen konnten.

#### **Welche Erfahrungen haben die Leute im Office du Niger bislang mit Gruppen und Organisationen aus der Stadt gemacht?**

Wie uns die Leute in Kourouma berichtet haben, gibt es weder mit den Gewerkschaften noch den Parteien

wirklich gute Erfahrung, was ja auch der Grund war, weshalb wir im Vorfeld unserer Delegationsreise sehr skeptisch beäugt wurden. Nach unseren Besuchen war jedoch klar, dass wir eine andere Herangehensweise an den Kontakt haben. Ich glaube, dass die Bauern jetzt Interesse haben, auf uns zuzugehen. Insofern möchte ich die europäische Sektion von Afrique-Europe-Interact ausdrücklich bitten, der malischen Sektion Zeit zu lassen. Denn wir müssen uns gemeinsam klar machen, was der Unterschied ist zwischen einem Hilfswerk, das einzelne Projekte realisiert und einer politischen Bewegung, die viel grundsätzlichere Ziele verfolgt.

#### **Aber konkret gefragt: Inwiefern könnte die Déguerpis-Bewegung zum Vorbild werden?**

Für die Dörfer dürfte es bereits ein Vorbild sein, dass sich Vertreter verschiedener Dörfer zusammensetzen. Deswegen waren wir auch in zwei Dörfern, in denen es jeweils schon Erfahrungen mit Widerstand gibt. Und wenn die beiden Dörfer sich koordinieren würden, dann könnte das auch Effekte für das restliche Office du Niger haben. In Kourouma könnte beispielsweise eine größere Versammlung von verschiedenen Dörfern stattfinden – ähnlich wie bei den Déguerpis. Ja, das wäre vielleicht ein passender nächster Schritt.

#### **Du sprichst von mehreren Dörfern, sollten wir uns nicht zunächst einmal auf zwei Dörfer konzentrieren?**

Ich glaube, dass die zwei Dörfer das selber entscheiden werden, sobald sie spüren, ob die Zeit reif ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, das zu initiieren. Auch die Union der Déguerpis in Bamako hat in 5 Quartieren angefangen, woraus sich bis heute 113 Kollektive entwickelt haben. ○

Interview: **DORETTE FÜHRER,**  
**JOOST HINNEN** und **OLAF BERNAU**



↑ FASSERY TRAORÉ ALS REISELEITER WÄHREND DER DELEGATIONSREISE | F: MAKOMBE

## INFOBOX 3

# Recht auf Wohnhäuser, Recht auf Fußballplätze, Recht auf Gemüseanbau

## BEWEGUNGEN GEGEN STÄDTISCHE VERTREIBUNGEN IN AFRIKANISCHEN METROPOLN

Am 13. März 2012 zog eine Demonstration von über 1000 Menschen unter wütenden Slogans und Gesängen, begleitet von massivem Polizeispalier, zu einem Sit In vor dem Regierungsviertel der malischen Hauptstadt Bamako.

Die TeilnehmerInnen: Frauen und Männer von Jung bis Alt, organisiert in Vereinen und Basiskomitees der Bewegung der Betroffenen von Landraub und städtischer Abriss- und Vertreibungspolitik, hauptsächlich aus den Vierteln in der Peripherie von Bamako, aber auch aus weiter gelegenen Städten und Dörfern. Aufgerufen hatte die UNION des Déguerpis (UACDDDD) / Union der Vertriebenen und Beraubten. Mobilisiert wurde innerhalb von weniger als einer Woche per Telefonkette über gut organisierte Basisstrukturen. Wesentliche Forderungen, die von einer Delegation beim Ministerium für Territorialverwaltung übergeben wurden: Schluss mit Landraub und städtischen Vertreibungen, Entschädigung für zerstörten Wohnraum, Mitbestimmung von Bevölkerung und Basisorganisationen in Fragen der Bodennutzung, Erhalt von Flächen für Familienlandwirtschaft und Gemüseanbau in der städtischen Peripherie, Respektierung von Wohnheitsrecht,

Freilassung gefangener Aktivist\*innen.

Die Fragen von Stadtentwicklung, Recht auf Wohnraum und öffentliche Räume sind in Bamako, ähnlich wie in Ouagadougou, Dakar, Lomé und vielen afrikanischen Metropolen, ein umkämpftes Thema.

### DÖRFliches GEWOHNHEITSRECHT UND KORRUPTER PLANUNGSBÜROKRATIE

Seit Jahrzehnten haben sich Leute, die auf der Suche nach Auskommen und besseren Lebensperspektiven die ländlichen Gebiete verlassen haben, in den Städten und deren Randgebieten niedergelassen und eingerichtet, oftmals ohne sich um Besitztitel oder offizielle Flächennutzungspläne zu kümmern. Je mehr die Städte einerseits wachsen und andererseits städtischer Raum wirtschaftlich interessant wird, kollidieren die existenziellen Bedürfnisse der mehrheitlich armen Alteingesessenen und neu Zugezogenen mit dem Profit- und Prestigestreben von Immobilienunternehmen und reichen Privatpersonen, kollidiert dörfliches Wohnheitsrecht mit korrupter Planungsbürokratie. In Bamako wurde in den letzten Jahren eine große Zahl von Wohnhäusern abgerissen – für Flächenbereinigungen, für den Bau von Straßen, Brücken und Prestigebauten, aber

auch für Villen, die in attraktiven Lagen aus dem Boden sprießen. Den Betroffenen zustehende Entschädigungen wurden für die Immobiliengeschäfte von politischen Funktionsträger\*innen und Verwaltungsbeamt\*innen zweckentfremdet (siehe Interview). Ein ähnliches Phänomen, das u.a. von Stadteilaktivist\*innen aus Ouagadougou/Burkina Faso berichtet wurde, ist der Doppelt- und Mehrfachverkauf von Baugrund: Anwohner\*innen haben ein Grundstück vor Jahren für einen erschwinglichen Preis erworben; da dieses jedoch im Zuge der Stadtentwicklung eine beträchtliche Wertsteigerung erfahren hat, wird es unter illegalen Umständen erneut verkauft – ohne Rücksicht darauf, dass es bereits bewohnt ist.

### MEHR ALS NUR WOHNRAUM

Bei den Kämpfen um die Städte dreht es sich um mehr als „nur“ Wohnraum: Es geht auch um öffentliches Terrain, das von der Bevölkerung genutzt wird – für Märkte, Feste, Zusammenkünfte und Sport sowie für Kleinlandwirtschaft. So gehören in Bamako neben denen, deren Wohnhäuser abgerissen wurden, auch Gemüsezüchterinnen und FischerInnen am Niger, die für neue Straßen und Brücken sowie für fluss-

nahe Villengrundstücke weichen sollen, zu den Betroffenen.

Seitens der „Déguerpis“ (deutsch.: Vertriebene/Beraubte) regt sich vehementes Aufbegehren – auf der Ebene juristischer Intervention ebenso wie in Form von zivilen direkten Aktionen gegen Häuserabrisse oder von Besetzungen leerstehender Flächen zur Untermauerung von Entschädigungsforderungen. Inhaltlich und organisatorisch sucht die Bewegung gegen die städtischen Vertreibungen den

Schulterschluss mit dem bäuerlichen Widerstand gegen Landraub, was unter anderem in der Präsenz von Aktivist\*innen aus betroffenen Dörfern bei der Demonstration am 13. März in Bamako zum Ausdruck gekommen ist.

**RECHT AUF STADT –  
IN NEW YORK, HAMBURG, BAMAKO**

„Nicht zu unterschätzen ist auch, bei allen Unterschieden der sozialen Realitäten, dass weltweit, von New York bis Hamburg, von Johannesburg

bis Bamako, soziale Bewegungen das Recht auf die Stadt im Sinne eines guten, menschenwürdigen Lebens für ihre Bewohner\*innen gegen die Prämissen einer durchkapitalisierten Stadtentwicklungspolitik in Stellung bringen, die sich ausschließlich an den Profit-, Prestige-, und Sicherheitsinteressen der privilegierten Klassen orientiert.“ ☉

Von **HANS-GEORG EBERL**, AEI Wien



↑ NACH DER VERSAMMLUNG: AKTIVISTINNEN VON AFRIQUE-EUROPE-INTERACT UND BEWOHNERINNEN VON KOYAN KOURA | F: MAKOMBE



↑ DORFBEWohner ZEIGEN EINEM AEI-AKTIVISTEN, WIE MAN PFLÜGT | F: BAUER AUS NIONO

## ► PARALLELEN

# Bergbau als klassischer Landraub

## DER WIDERSTAND GEGEN DIE URANMINE IN FALEA IM SÜDEN MALIS KÖNNTE SICH ALS VORBILD FÜR DIE KÄMPFE IM OFFICE DU NIGER ENTPUPPEN

Der moderne Begriff des „Landgrabbing“ (französisch: „accaparement des terres“) beschreibt in aller Regel die Landnahme und die damit einhergehende Vertreibung der einheimischen Bauern und Viehzüchter für eine andere Art der landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen durch Großinvestoren. Seit langem werden aber die gleichen Mechanismen auch bei der Erschließung von Bodenschätzen angewendet: Land bzw. Boden, unter dem Rohstoffe ausgebeutet werden sollen, wird – soweit nötig – im Interesse der Minen- oder Ölgesellschaft enteignet – oft durch Vertreibung, da noch nicht einmal formal Entschädigung vorgese-

hen ist. Ein solcher Prozess droht auch in Falea im Südwesten Malis. Dort finden seit 5 Jahren Testbohrungen für einen besonders brisanten Rohstoff statt: nämlich Uran. Es liegt insofern nahe, die Situation in Falea im Rahmen dieser Broschüre etwas näher zu betrachten. Denn die dort gemachten Erfahrungen könnten auch für andere, ebenfalls von Landgrabbing betroffene Regionen wie das Office du Niger aufschlussreich sein, vor allem weil sich BewohnerInnen aus Falea schon seit längerem zusammen mit UnterstützerInnen unter anderem aus Europa gegen das Bergbauprojekt zur Wehr setzen.

### BERGBAU UND VERTREIBUNG

Die verantwortliche Firma, „Rockgate Capital Corporation“ mit Sitz in Kanada, wirbt mit „225 km<sup>2</sup> package property“ auf ihrer Internetseite, das sind mehr als die Hälfte des Gemeindegebiets. Das ist eine bewusste Falschdarstellung. Denn das Land bleibt Eigentum des malischen Staates. Die Minengesellschaft erhält eine Konzession auf die Ausbeutung der Bodenschätze für 25 bis 30 Jahre. Dort kann sie dann für die einzelnen Schritte – von der Prospektion bis zur Ausbeutung – Lizenzen bekommen. Ein von der Weltbank aufgezwungenes Gesetz

schreibt zudem vor, dass jede ausländische Minengesellschaft eine Gesellschaft malischen Rechts gründen muss, an der der Staat Mali mindestens 10 Prozent (gratis) und maximal 20 Prozent Anteile halten kann. Dieses scheinheilige Konstrukt lässt die Entscheidungsmacht bei der ausländischen Firma, die auch den größten Profit zieht, während gleichzeitig der wirtschaftliche Erfolg der Mine zum Eigeninteresse des Staates wird.

Die Verträge zwischen Staat und Rockgate Capital Corporation sind geheim, alle Versuche verschiedener Akteure, Einblick zu erhalten, sind bislang gescheitert. Wie bei den Bewässerungsprojekten im Office du Niger schreibt auch hier das malische Gesetz eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung vor, bevor Lizenzen zum Abbau erteilt werden können. Diese existiert im Fall Faleas offensichtlich (noch) nicht. Seit Juni 2008 fordert allerdings das Dekret Nr. 346 in Mali eine sogenannte Volksbefragung („consultation populaire“), wobei uns der Ablauf unter Verweis auf frühere Projekte folgendermaßen geschildert wurde: bestehende Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen sind der Bevölkerung nicht im Voraus zugänglich zu machen, abgesehen davon, dass sie auf Englisch oder Französisch verfasst sind, obwohl große Teile der Landbevölkerung nur afrikanische Sprachen sprechen. Eines schönen Tages ruft man dann die EinwohnerInnen ohne jede Vorbereitung zusammen, schildert ihnen die Vorzüge von zu erwartender Infrastruktur und Entwicklung, setzt ein Protokoll auf und lässt es von den Dorfcheads und anderen RepräsentantInnen unterschreiben.

Die Erschließung des Südwestens Malis durch Bergbau hat schon in den letzten Jahren mit der Ausbeutung von Bauxit und Gold begonnen. Handwerkliches Goldwaschen ist für viele in dieser Region traditionell eine Einkommensquelle außerhalb der Regenzeit. Für die kleinen „Claims“ (Grubenfelder) zahlen die GoldwäscherInnen eine Gebühr an die Gemeinde. Dort, wo Konzessionen für den industriellen Abbau

vergeben werden, fällt diese Möglichkeit weg. Und überall dort, wo Ackerflächen und Brunnen verschwinden oder durch Verschmutzung unbenutzbar werden, müssen die Bauern wegziehen. Nur wenige finden Arbeit in den Minen. Wenn die Minengesellschaft den Boden für den Bergbau braucht, werden jene, die nicht freiwillig gehen, vom Staat bzw. durch Polizei und Gendarmerie vertrieben. In Falea liegen alle Dörfer und landwirtschaftlichen Flächen innerhalb der Konzessionsgebiete von Rockgate Capital Corporation. Falls die Mine kommt, müssen alle verschwinden, die im Wege stehen.

#### **LANDWIRTSCHAFT IN DER REGION FALEA**

Die Bevölkerung der Dörfer von Falea (vier Ethnien, ca. 17.000 EinwohnerInnen), die dort seit mehr als 200 Jahren siedelt, lebt überwiegend vom Regenfeldbau und in geringerem Maße von der Viehzucht. In Mali nimmt die Niederschlagsmenge pro Jahr von Nord nach Süd zu. Bei derartiger (für diese Klimaregion typischer) Anbauweise werden die Felder nur während der Regenzeit zwischen Mai und Oktober bewirtschaftet. Da nicht gedüngt wird, werden Felder nur wenige Jahre bestellt und liegen sodann fünf Jahre und mehr brach. Anders als in bewässerten Gebieten wie dem Office du Niger ist die Ernte stark von der Ergiebigkeit der Regenzeit abhängig. Hauptanbaufrüchte sind verschiedene Hirsearten, Erdnüsse und auch Reis, während die Diversifizierung vor zu starken Ernteeinbußen schützt. Der Ertrag von Reis liegt hier bei 2 bis 3 Tonnen pro Hektar, im Nassanbau wie im Office du Niger werden hingegen 5 bis 10 Tonnen pro Hektar erzielt. Lediglich entlang der ununterbrochen wasserführenden Flüsse und Bäche wird ganzjährig Gemüse angebaut, meist von Frauen und oft in Gemeinschaft.

#### **LANDBESITZ?**

In den Augen der dörflichen Bevölkerung gehören das Land, das Wasser, die Wälder und andere natürliche Res-

ourcen niemandem. Sie seien ein Geschenk der Natur, ein gemeinsames Erbe, das allen zugänglich sein muss, kurz: Gemeingüter. In einigen Regionen Malis sind es die Dorfcheads oder spezialisierte Familien, oft die Gründungsfamilien, die darauf achten, dass lokale Regeln respektiert werden. Dass die, die ein Stück Land bestellen oder eine Hütte bauen wollen, ihr Anliegen mit Kolanüssen oder einem Huhn der dörflichen Autorität vortragen, dient dabei dem Nachweis, dass die geltenden Regeln auch tatsächlich angewendet werden. Da Falea eher schwach besiedelt ist und (noch) kein Mangel an kultivierbarem Land herrscht, bedarf es nicht einmal dieser Sitte. Mensch kann sich niederlassen, ohne andere zu stören. Das Gesetz zur Ausrichtung der Landwirtschaft in Mali (LOA) aus dem Jahr 2006 erkennt ausdrücklich das traditionelle Gewohnheitsrecht an. Dennoch kann bei öffentlichem Interesse – beispielsweise für den Abbau von Bodenschätzen oder dem Neubau von Straßen – Land enteignet werden, allerdings nur gegen angemessene Entschädigung (nicht anders als in Deutschland). Eine Maxime, die auch für Land gilt, das nach traditionellem Recht vergeben wurde. Praktisch sieht es aber mit der Anerkennung schwierig aus und eine mögliche Entschädigung wird je nach Kräfteverhältnis gezahlt oder eben nicht.

#### **WIDERSTAND IN FALEA**

Zurück zur projektierten Uranmine in Falea: Wie ist Widerstand möglich, wenn die lokale Bevölkerung nicht über Uran, Radioaktivität und Minengesetze informiert ist, wenn sie den Inhalt von Verträgen nicht kennt, die über ihr Land geschlossen werden, wenn die Betreiberfirma ein paar Schulbücher und Brunnen rüberschiebt und wenn zu guter Letzt die lang ersehnte Straßenanbindung und Wohlstand versprochen werden? Oder anders: Wer in Deutschland hat je etwas über das Recht von Enteignung bei Großprojekten oder gar die juristischen Möglichkeiten gelernt, sich dagegen zu wehren

Im Falle von Falea horchten als erstes Menschen auf, die aus Falea stammen, aber in der Hauptstadt Bamako arbeiteten und schon 2003 einen Verein der Ehemaligen und Freunde von Falea (ARACF) gegründet hatten. Der ARACF machte sich zur Aufgabe, unter anderem ein Netz der Solidarität zur Verteidigung der Interessen Faleas aufzubauen, das in den globalen Kreislauf der Rohstoffausbeutung integriert zu werden droht. Er will auch dazu beizutragen, die Fähigkeiten des malischen Staates zu stärken, um seine souveränen Aufgaben zu erfüllen und den Schutz der Bevölkerung, der Umwelt und des kulturellen Erbes zu garantieren sowie effektive Kontrolle über die Aktivitäten der Mininggesellschaften auszuüben.

Der ARACF versucht daher, eine große Plattform auf die Beine zu stellen, die von lokalen und nationalen Abgeordneten über Ökologie- und Anti-Atombewegung, Menschenrechtsorganisationen, Medien, Gemeinden aus Mali und Europa bis hin zu Universitäten und unabhängigen WissenschaftlerInnen reicht. Sie sehen sich darin als Vorreiter für eine in Mali erstmals breit angelegte Gegenmacht. Auf diese Weise wollen sie erreichen, dass gleichgewichtiger Dialoge und Verhandlungen mit dem Staat, Abgeordneten, Initiativen und der Wissenschaftsseite geführt werden können. Die Bevölkerung einer abgelegenen, rein dörflichen Region wird so von Menschen unterstützt, die zwar im modernen Alltag zu Hause sind sowie die Mechanismen von Politik und globaler Wirtschaft kennen, die aber durch ihre Kindheit und ihre Familien im Dorf engstens mit den traditionellen Strukturen und Alltagsproblemen vertraut sind. Bei unserem Besuch in Falea waren wir als EuropäerInnen die FreundInnen und MitstreiterInnen ihrer ‚Verwandten‘ und hatten damit keine sehr herausgehobene Rolle. Die Kommunikation mit den ‚einfachen‘ DorfbewohnerInnen scheidert ohnehin oft an der Sprache, denn besonders Frauen sprechen meist gar kein Französisch. Die

bisherigen Aktivitäten des ARACF – zum Teil mit Unterstützung durch europäische Verbündete – waren insbesondere:

- ▶ in Falea über Uranabbau und Uranwirtschaft, Radioaktivität und über juristische Fragen zu informieren;
- ▶ eine wissenschaftliche Basisstudie zur radiologischen Situation in Falea auf den Weg zu bringen; dazu wurden Leute aus Falea mit Messgeräten ausgestattet und damit vertraut gemacht – mit wissenschaftlicher Unterstützung von CRIIRAD aus Frankreich (ähnlich dem Ökoinstitut

in Deutschland) und finanziert durch die Stadt Genf;

- ▶ in Mali überhaupt erst mal Medien, Organisationen, Abgeordnete und die Bevölkerung zu Uranabbau, Risiken der Atomwirtschaft, Radioaktivität und der verbundenen Landfrage zu informieren;
- ▶ die Mobilisierung der Menschen vor Ort voranzutreiben, auch um ihre Rechte zu verteidigen; einige Leute haben um Unterstützung in Auseinandersetzungen mit der Mininggesellschaft wegen Schäden gebeten, zum Beispiel wegen Brunnen, die

## ANZEIGE

# KÄMPFE UM LAND

Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter  
herausgegeben von Andreas Exner,  
Peter Fleissner, Lukas Kranzl und  
Werner Zittel



mandelbaum kritik & utopie

Andreas Exner, Peter Fleissner, Lukas Kranzl, Werner Zittel (Hg.)  
**Kämpfe um Land** – Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter  
254 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-85476-603-2  
mandelbaum kritik & utopie

[www.kritikundutopie.net](http://www.kritikundutopie.net)

durch Bohrschlämme verschmutzt wurden;

- ▶ das Thema international publik zu machen;
- ▶ eine Satellitenkommunikation für Internet und Telefon in dieser bis dahin isolierten Region aufzubauen, auch um Informationen über Aktivitäten oder Übergriffe seitens der Minengesellschaft weitergeben zu können;
- ▶ ein lokales Radio anzuschließen, das im Juli 2011 auf Sendung ging,
- ▶ den Besuch führender Europa-Grünen medienwirksam zu nutzen;
- ▶ und als vorläufig letzter Akt: eine sehr offiziell ausgerichtete Konferenz in Kongresszentrum von Bamako zu „Uran, Gesundheit und Umwelt“ durchzuführen – unmittelbar vor dem Putsch im März 2012.

Dieser im letzten Punkt erwähnte Kongress, veranstaltet von der schweizerischen IPPNW (Ärzte zur Verhinderung des Atomkriegs), dem Uranium Network und der Afrikanischen Uran-Allianz (AUA), vermittelte einerseits Basiswissen zu Uran, Bergbau, Radioaktivität etc. Beeindruckender waren jedoch andererseits die Berichte afrikanischer AktivistInnen und WissenschaftlerInnen, die aus ihren Ländern von den konkreten Erfahrungen mit Uranabbau berichteten: Nicht nur über

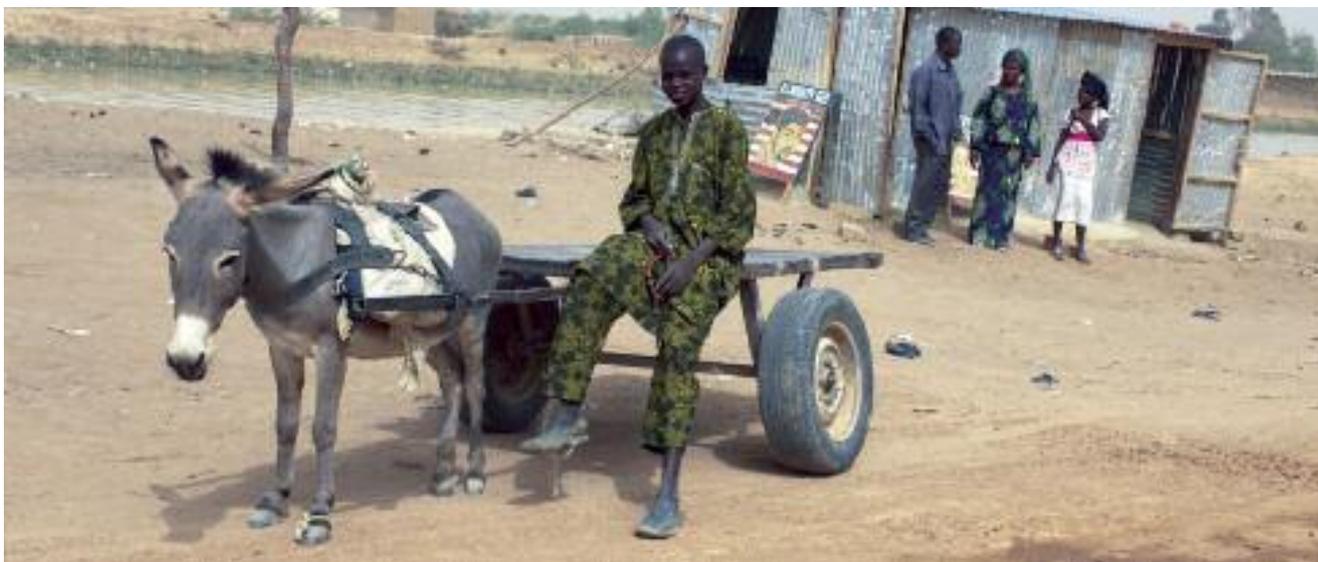
gesundheitliche und ökologische Schäden vor Ort, sondern auch über den politischen Betrug an der ansässigen Bevölkerung, und natürlich darüber, wie die Reichtümer außer Landes geschafft werden. So wurde unter anderem ausgeführt, dass das Land Niger, in dem seit 40 Jahren vom französischen Konzern Areva Uran abgebaut wird („in Frankreich brennen 2 von 3 Glühbirnen dank Niger“, so Salli Ramatou), auf der weltweiten Rangliste des UN-Entwicklungsindex Platz 186 von 187 einnimmt. Aus der Gemeinde Falea waren über 20 VertreterInnen anwesend, die Honoratioren der traditionellen und modernen Verwaltung, RepräsentantInnen von Frauen- und Jugendgruppen, die den simultan übersetzten Vorträgen mit unglaublicher Ausdauer folgten. Viele von ihnen äußerten sich sehr klar und fundiert gegen die Uranmine und widersprachen coram publicum den Ausführungen des Mitarbeiters des Minenministeriums, der den Segen des geplanten Ausverkaufs pries.

#### WIE GEHT ES WEITER?

Die Menschen in Falea werden (gut informiert, wie sie sind) auf eine echte Volksbefragung bestehen. Es wird zudem versucht, europäische Kommunen für Patenschaften für eine Reise von Leuten aus Falea zur Uranmine nach

Arlit im Niger zu gewinnen. Die aktuelle Situation im Norden Malis und Nigers scheint diesem allerdings derzeit im Weg zu stehen. Die AktivistInnen aus Falea fordern Rechte ein, die ihnen formal zustehen und haben die Hoffnung, wenn alles publik ist, den Seilschaften der Mächtigen trotzen zu können. Ihr Optimismus ist beeindruckend. Währenddessen versuchen die Regierungen Westafrikas, die afrikanische Union und die Regierenden der Welt alles, um in Mali nach dem Putsch eine Beteiligung der Zivilgesellschaft zu verhindern und die formale Demokratie und ihre RepräsentantInnen wieder genau so einzusetzen, dass die Mächtigen weiter ungehindert unter sich Verträge und Tantiemen aushandeln können. ○

UTA ADLER hat 2011 Falea besucht und 2012 an der Delegationsreise von AEI ins Office du Niger sowie an dem Uran-Kongress in Bamako teilgenommen. Ein erneuter Besuch in Falea fiel aber wegen des Putsches in Bamako leider aus. Dank für die vielen Informationen an Nouhoum Keita, Journalist aus Bamako, und Many Camara, Ethnologie-Professor in Bamako und Anger in Frankreich – beide gebürtig aus Falea. Der Abschnitt über die ARACF basiert auf: L'exemple de l'action de la société civile de Falea, Nouhoum Keita, 2012.



↑ ESELKARREN SIND NEBEN MOPEDS DAS WICHTIGSTE FORTBEWEGUNGSMITTEL IM OFFICE DU NIGER | F: MAKOMBE

## INFOBOX III

# Dauer- oder Einzelspenden gesucht – jeder Betrag ist willkommen!

Transnationale Organisation zwischen Afrika und Europa ist vergleichsweise kostspielig. Denn nicht nur politische Intervention geht mit Ausgaben einher. Auch praktische Solidarität ist gefragt, einfach weil viele BasisaktivistInnen in Mali bzw. Westafrika ökonomisch mit dem Rücken zur Wand stehen. Zur Absicherung unserer alltäglichen Arbeit sind wir daher auf regelmäßige, steuerlich absetzbare Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Konkret suchen wir für folgende Projekte Spenden (wobei die Aktivitäten samt Spendenbedarf auf unserer Webseite dokumentiert sind):

## POLITISCHE PROJEKTE

Im Bereich Landgrabbing ist zweierlei geplant: In Europa möchten wir unsere Öffentlichkeitsarbeit intensivieren, unter anderem ist eine taz-Beilage im Herbst vorgesehen. Zugleich soll der Kontakt zu zwei Dörfern im Office du Niger ausgebaut werden – inklusive logistischer Unterstützung sowie regelmäßiger Treffen zwischen AktivistInnen aus Bamako und dem Office du Niger. Im Bereich Migration möchten wir den Kontakt zu BasisaktivistInnen in Tunesien vertiefen (wozu auch einige der im Wüsten-camp Choucha festsitzenden Flüchtlinge und MigrantInnen gehören). Außerdem soll nach technischen und anderen Möglichkeiten Ausschau gehalten werden, wie Angehörige aus Mali und Tunesien unterstützt werden könnten, vermisste Familienmitglieder ausfindig zu machen.

## 3 X 1.000 EURO FÜR BASISINITIATIVEN IN MALI UND TOGO

Viele AktivistInnen in Ländern wie Mali oder Togo sind hochgradig prekären Bedingungen ausgesetzt. Formelle Jobs mit regelmäßigem Einkommen sind die absolute Ausnahme, von Arbeitslosengeld oder gesetzlicher Krankenversicherung ganz zu schweigen. Die mit solchen Verhältnissen verbundene existentielle Verunsicherung ist nicht nur persönlich fatal, sie lähmt auch die politische Arbeit – sei es, weil die erforderlichen Ressourcen fehlen, sei es, weil sich die AktivistInnen zunächst einmal um ihr eigenes Überleben kümmern müssen. Afrique-Europe-Interact möchte daher an die bereits erfolgreich umgesetzte 11 x 1.000 Euro-Spendenkampagne für Basisinitiativen in Mali anknüpfen (vgl. unsere Webseite). Allerdings sollen aus pragmatischen Gründen bis Sommer 2013 nur drei Initiativen mit jeweils 1.000 Euro unterstützt werden – unter anderem die ATE/Association Togolaise des Expulsés („Assoziation der Abgeschobenen Togos“), die mit dem Geld eine kleine Schafzucht aufbauen möchte.

## ALLTÄGLICHE UNTERSTÜTZUNG DER POLITISCHEN AKTIVISTINNEN IN MALI UND TOGO

Gerade weil Westafrika zu einer der ärmsten bzw. am ärmsten gemachten Regionen der Welt gehört, ist kontinuierlicher politischer Aktivismus für viele Menschen kaum durchzuhalten. In diesem Sinne ergibt

sich in der transnationalen Kooperation immer wieder die Notwendigkeit zur punktuellen finanziellen Unterstützung – ganz gleich ob es sich um Fahrtkosten zu einer politischen Konferenz handelt, um einen Sack Reis für die Durchführung eines längeren Treffens, um den Kauf eines Malaria-Mittels, um die Bezahlung von Sendezeit beim lokalen Radiosender oder um die Übernahme von zwei Monatsmieten für ein kleines Schneider-Atelier. Im Übrigen gehen wir davon aus, dass der Bedarf insbesondere in diesem Bereich im Laufe des nächsten Jahres wachsen wird. Hintergrund ist, dass sich die Ernährungs- und Versorgungskrise im Zuge der Tuaregrebellion im Norden des Landes massiv zugespitzt hat. Mit der Konsequenz, dass insgesamt noch weniger Geld für politische Aktivitäten zur Verfügung steht, auch deshalb, weil viele AktivistInnen Verwandte unterstützen müssen, die aus dem Norden weiter nach Süden geflohen sind. ☉

## Spendenkonto

**Name:** Globale Gerechtigkeit e.V.  
**Kontonummer:** 2032 237 300  
**Bank:** GLS Gemeinschaftsbank  
**BLZ:** 430 609 67  
**IBAN:** DE67 4306  
**0967 2032 2373 00**  
**BIC:** GENODEM1GLS

INFO-BOX IV

# Weitere Infos zu Landgrabbing

## WEBSEITEN

Sämtliche der hier genannten Webseiten sind über [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net) erreichbar. Auf der dreisprachigen Webseite unseres Netzwerkes können zudem zahlreiche Texte zum Thema Landgrabbing abgerufen werden.

► **Oakland Institute:** Die mittlerweile wohl wichtigste Webseite für Landgrabbing in Afrika ist die englischsprachige Webseite des Oakland Instituts (USA). Denn dort sind diverse (2010 und 2011 veröffentlichte) sowohl kürzere als auch längere Studien zu Landgrabbing in folgenden Ländern abrufbar: Äthiopien, Mali, Sierra Leone, Sambia, Tansania, Südsudan und Mosambique.

► **Globe spotting:** Deutschsprachige Webseite – mit Verweisen auch auf englisch-, französisch- und spanischsprachige Veröffentlichungen. Auf Globe Spotting werden unter anderem regelmäßig Zusammenfassungen der jeweils neusten Publikationen zu Landraub erstellt.

► **Fian – mit Menschenrechten gegen den Hunger:** Deutschsprachige Webseite – mit mehreren Veröffentlichungen zum Download.

► **inkota-Netzwerk:** Auf der Webseite findet sich u.a. eine interaktive Weltkarte, aus der hervorgeht, in welchen Ländern welche Investoren tätig sind.

► **Food crisis and the global land grab:** Die sicherlich umfassendste Seite zu Landraub in englischer, französischer und spanischer Sprache (wobei in der rechten Spalte etwas versteckt auch zahlreiche deutschsprachige Artikel abgerufen werden können).

► **Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika:** Hier wird Landraub aus menschenrechtlicher und entwicklungspolitischer Perspektive thematisiert, verwiesen sei insbesondere auf die deutschsprachigen Veröffentlichungen des FDCL-Mitarbeiters Thomas Fritz zu Landraub.

► **Grain:** Die Website der NGO GRAIN (Genetic Resources Action International) informiert sehr umfassend zu Landraub und anderen landwirtschaftspolitischen Fragenstellungen – in englischer, französischer und spanischer Sprache.

► **Evangelischer Entwicklungsdienst:** Annähernd 100 Publikationen sind auf der Webseite dokumentiert.

## VIDEOS

Auf der Webseite von Afrique-Europe-Interact können folgende Videos zu Landgrabbing angeschaut werden:

► **Land Grabbing – Ackerland in Afrika aufgekauft,** TV-Doku auf 3sat (16 min)

► **Kein Brot für Öl! Der Biosprit-Boom in Kolumbien,** Video-Doku, (28 min)

► **Die Biosprit-Lüge,** Arte-Doku, (43 min)

► **Landgrabbing: Der neue Wettlauf um Afrika / E10-Benzin verstärkt Hunger,** Doku Kontext-TV, (28 min)

► **Landgrabbing in Kamboodscha – Deutsche Bank ist dabei,** Report Mainz (ARD), (6 min)

## BÜCHER

► **Der große Landraub. Bauern des Südens wehren sich gegen Agrarinvestoren.** Thomas Kruchem. Herausgegeben von Misereor; Brot für die Welt. 11,90 EUR (Juni 2012: Brandes & Apsel)

► **Landraub. Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus.** Stefano Liberti. 19,95 EUR (März 2012: Rotbuch)

► **Land Grabbing. Der globale Wettlauf um Agrarland,** Evelyn Bahn/Timo Kaphengst, AttacBasisTexte 40, EUR 7,00 (April 2012: VSA-Verlag)

► **Kämpfe um Land. Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter,** Andreas Exner u.a. (Hrsg), 19,90 EUR (Oktober 2011: Mandelbaum)

► **Bodenrausch. Die globale Jagd nach den Äckern der Welt,** Wilfried Bommert, 19,99 EUR (April 2012: Eichborn)

## ARIQUE EUROPE INTERACT

# Mitmachen & Karte von Mali

## MITMACHEN

Afrique-Europe-Interact ist ein dezentral organisiertes Netzwerk: Die europäische Sektion trifft sich drei- bis viermal pro Jahr – Interessierte sind jederzeit willkommen! Jenseits davon ist es auch möglich, lokal mitzuarbeiten, feste Gruppen gibt es zur Zeit in Wien, Berlin und Bremen.

## KONTAKT

### ► AME – Association Malienne des Expulsés

WWW.EXPULSESMALIENS.INFO  
☎ (+223) 20 24 30 16

### ► ARACEM – Association des Refoules de Central Afrique au Mali

aracemvie@yahoo.fr  
☎ (+223) ) 740 41 849

### ► FAM - Fédération des Associations de Migrants de Mali

karodi2007@yahoo.fr  
☎ (+223) 763 99 010

### ► NoLager Bremen

nolagerbremen@yahoo.de  
☎ (+49) 0 15 78.48 52 921

### ► Flüchtlingsrat Hamburg

conni.gunsser@sh-home.de  
☎ (+49) 01 73.41 08 642

### ► All Included Amsterdam

info@allincluded.nl  
☎ (+31) 020.379 52 36

### ► AEI Wien

aei-wien@gmx.de

## MATERIALIEN

Wer mehr über AEI erfahren möchte, wird auf unserer Webseite fündig, außerdem können auch einige unsere Materialien per Post bestellt werden (*nolagerbremen@yahoo.de*)

► Die DVD der Bamako-Dakar-Karawane „...denn wir leben von der gleichen Luft“ (45 Minuten, UT dt./fr./en./sp.)

► die Broschüre „Mouvements autour des frontières // Grenzbewegungen“ (dt./fr., 120 Seiten, 2. Auflage, Nov. 2011)

► 24-seitige Info-Broschüre über Afrique-Europe-Interact, (DIN A6, Sommer 2012)



Mali erstreckt sich über mehrere Klima- und Vegetationszonen: Vom Rand der tropischen Feuchtsavanne über die Trockensavanne und die Sahelzone bis in die Wüstengebiete der Sahara. Das Office du Niger (vgl. S. 25) liegt zwischen Segou und mauretanischer Grenze. In Mali leben ca. 15 Mio. Menschen – im Jahr 2050 sollen es 50 Millionen sein.

Es werden über 40 Sprachen gesprochen, 80 Prozent der Bevölkerung beherrscht Bambara, aber nur ca. 25 bis 30 Prozent französisch, das als Amtssprache fungiert. Etwa 90 Prozent der Bevölkerung ist muslimisch. ○



# TRANSNATIONALE ORGANISIERUNG VON UNTEN

► [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net)

afrique-europe  
**interact**